

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Ausgaben der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstelle, Rigarenstraße 11, durch die Zweigstelle, Rigarenstraße 140, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Unt. Breslau Nr. 5652.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereinskommunikation- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis donnerstags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Curtius aussichtslos.

Das Zentrum gegen seinen Bürgerblock-Plan. In einer Mittelregierung will es selbst den Kanzler stellen.

Berlin, 6. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die „Tägliche Rundschau“ teilt heute mit, daß die Berufung von Dr. Curtius zur Regierungsbildung vom Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei schon bewilligt wurde. Curtius wolle zunächst den Versuch machen, ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien zu bilden. Die „Tägliche Rundschau“ selbst bezweifelt, daß ein solcher Versuch zum Ziel führt und die „Germania“ erklärt es „für ausgeschlossen, daß sich das Zentrum an einer solchen Koalition beteiligen könnte“. Für diesen Fall glaubt die „Tägliche Rundschau“ an ein Kabinett der Mitte, dessen Lebensfähigkeit nach ihrem Wunsch durch wohlwollende Neutralität der Deutschnationalen gesichert werden soll, da „gegen eine Orientierung nach links außer schwerwiegenden tatsächlichen Gründen auch die Streitfragen sprechen, die sich an die Befehung des Reichsinnenministeriums und an die Person des Reichswehrministers geknüpft“ hätten.

Auch die „Germania“ sieht eine Regierung auf der bisherigen Grundlage als die aussichtsreichste Möglichkeit an. Aber für diesen Fall betrachtet es das Blatt als selbstverständlich, „daß die Führung bei dem Zentrum verbleiben muß“. Durch die Übernahme des Reichskanzleramtes durch Herrn Dr. Curtius würden die beiden führenden Ministerien in völksparteilichen Händen und das bedeutete eine solche Verlegung des Schwerpunktes, daß man kaum noch von einer Regierung der Mitte reden könnte.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages wird am kommenden Dienstag abend zu der Neubildung der Reichsregierung Stellung nehmen, und wahrscheinlich schon zu positiven Entschlüssen kommen. Vor dem Beginn der Weihnachtsferien des Reichstages beschloß die Zentrumsfraktion sowohl die Ablehnung einer Reichsregierung als auch einer Regierung der Weimarer Koalition.

Deutschnationale Anbiederung in Paris.

Die Stellungnahme der französischen Linkspresse, die die Entscheidung der französischen Außenpolitik von der deutschen Regierungsbildung abhängig macht und nur einer deutschen Republikaner-Regierung Vertrauen entgegen bringt, veranlaßt die Deutschnationalen zu merkwürdigen Erklärungen in der französischen Öffentlichkeit. Der „Jugenddeutsche“ weist zum Beispiel auf Erklärungen des Pressechefs der Deutschnationalen Volkspartei, von Jedin, im Pariser „Journal“ hin, die auch von der „Deutschnationalen Parteikorrespondenz“ verbreitet werden. Dort heißt es nach einer im Ton sehr gemäßigten Wiederholung des Wunsches aller deutscher Parteien nach Rückkehr von Rheinland und Saargebiet:

„Auf wahrhafter Gleichberechtigung Frankreichs und Deutschlands beruhe die Zukunft Europas. Ein Block dieser beiden ausgezeichneten Völker könnte allein durch wirtschaftliche Verständigung Europa dauernden Frieden verbürgen und ihm die zukommende Rolle sichern.“

Wenn man den Wählern an den deutschnationalen Stammtischen solche Worte als maßgebende Erklärungen ihrer Partei in einem Augenblick, wo diese die Regierung übernehmen will, mitteilen würde, so würden sie sich wahrscheinlich sehr wundern. Wie lange ist es her, daß „Stegreich“ wohl'n wir Frankreich schlagen“ noch der Rehrreim deutschnationaler Versammlungsparolen war? Die Sozialdemokratie, die die deutsch-französische Verständigung unter schweren Opfern angebahnt hat, noch ehe die Kartellgewaltigen der deutschen Schwerindustrie ihre Geschäfte damit machten, stellt diesen Wandel mit einer gewissen Genugtuung fest. Wir sollten uns aber gleichzeitig durch die Befehung gerade der nationalistischen Parteien auch immer wieder auf die Gefahren einer einseitigen Kontinentalverständigung hinweisen lassen. Diese muß in der heutigen Wirtschaftsordnung von selbst zur Grundlage noch schärferen kapitalistischen Wettbewerbes im Erdteilmaßstab und damit noch größerer Konflikte als aller bisherigen werden, wenn sie nicht durch allseitige Friedenspolitik ergänzt wird.

Der kürzlich vorgeschlagene über die Verleihung von Titeln und Orden ist von der Reichsregierung, wie halbamtlich mitgeteilt wird, noch vor dem Rücktritt des Kabinetts Marx verworfen worden. Der Entwurf ist inzwischen dem Reichstag vorgelegt worden. In seiner voraussichtlichen Ablehnung im Reichstag zweifeln wir trotzdem nicht.



Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius,

der vom Reichspräsidenten als erster mit dem Versuch der Regierungsbildung beauftragt worden, steht im 50. Lebensjahre. Er ging aus dem Justizdienst hervor, war 1906/10 Rechtsanwält in seiner Heimatstadt Duisburg und arbeitete dann bis 1921 wissenschaftlich, schriftstellerisch und politisch in Heidelberg. Seit 1920 gehört er dem Reichstage als Mitglied der Deutschen Volkspartei an, war seit Herbst 1921 Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin und wurde im Januar 1926 zum Reichswirtschaftsminister ernannt.

Der Landtagsauschuß für die Verwaltungsreform

beendete am Mittwoch die erste Beratung über die neue preussische Landgemeindecodierung. Die Bestimmungen über die grundsätzliche Aufhebung der Gutsbezirke wurden, so meldet der „Soz. Pressedienst“, angenommen. Der Gutsbesitzer soll in seiner Eigenschaft als Eigentümer (?) keine obrigkeitlichen Funktionen mehr ausüben haben, jedoch kann er vom Kreisauschuß damit betraut werden. Ein Antrag, die Polizei im ganzen Staatsgebiet als freikommunale Angelegenheit dem Landrat zu übertragen, wurde abgelehnt. Die Wahl des Amtsvorstehers erfolgt künftig nicht mehr vom Kreisrat, sondern vom Amtsausschuß. Die Ausschlußmehrheit beschloß, daß die auf Lebenszeit angestellten Bürgermeister und Amtmänner in Rheinland und Westfalen ihren Anspruch auf lebenslängliche Anstellung verlieren und Neuwahlen stattfinden sollen. Eine zweite Lesung der Vorlage im Ausschuß soll bevorzuntigt erfolgen.

Deutschbürgerliche Falschmeldungen gegen Polen

Die Meldung eines Berliner Tageblattes, dem Präsidenten Calonder sei gestern die Antwort der polnischen Regierung in der Rinderheutefrage zugegangen, entspricht, wie dem WTB vom Büro des Präsidenten Calonder mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Eine offizielle Benachrichtigung ist bei der Gemischten Kommission bis zur Stunde nicht eingegangen. Die Frist für die Beantwortung ist überhaupt noch nicht abgelaufen.

Die polnischen Nationalisten gegen die Verständigungsrede des polnischen Außenministers.

Warschau, 5. Januar. (Drahtbericht.) Im Auswärtigen Ausschuß des Sejms begann die Aussprache über die auswärtige Lage Polens betreffende Darlegungen des Ministers des Auswärtigen, Jaleski. Der christlich-nationale Abg. Stroncki ist nach wie vor der Auffassung, daß die jetzige schwierige außenpolitische Lage Polens sich von Locarno herleite. Was die Frage der Entwaffnungskontrolle in Deutschland durch den Völkerverbund betreffe, so hat er im Gegensatz zu Jaleski ernste Bedenken gegen diese Lösung. Litauen ist der Auffassung Stronkisz zufolge ein Werkzeug in der Hand Deutschlands und Rußlands. Er glaubt, daß ein Einvernehmen zwischen diesen beiden Staaten bestehe, um Litauen gegen Polen auszuspielen.

Der Nationaldemokrat Sejba lehnt die Darlegungen Jaleskis ab, da ein solches Exposé nur Deutschland aufzuheben könne, seine gegen Polen gerichtete politische Offensive möglichst stark zu betonen. Ohne Zweifel sei die Front der deutschen Rüstungen gegen die Weichsel gerichtet. Laut müsse es gelang werden, daß die gegenwärtige französische Politik Gefahren für die Zukunft Frankreichs und Polens bringe. Noch unverständlicher wie der Optimismus Stronkisz sei die Schwärzestimmung des polnischen Außenministers. In dem passiven Verhalten in Genf in der Frage der deutschen Rüstungen komme noch im Innern des Staats die Schwächung des polnischen Elements und die Stärkung des Deutschentums in den Westmarken.

Am Rande des Defizits.

Der Reichsetat für 1927.

Von Dr. Paul Herk, M. d. R.

Der Reichsetat für 1927 liegt jetzt vor. Neben der Bildung der neuen Regierung ist seine rechtzeitige Erledigung die wichtigste Aufgabe des Reichstages. Das aber ist keineswegs leicht. Die Zeit ist sehr knapp, nur wenig mehr als zwei Monate stehen bis zum Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April zur Verfügung. Aber auch der Inhalt des Etats macht seine Erledigung nicht einfach.

Der Entwurf des Etats balanciert mit 8,5 Milliarden Mark an Einnahmen und Ausgaben. Hier von entfallen 7,9 Milliarden Mark auf den ordentlichen Haushalt; die sind durch Steuern, Zölle, Verbrauchsabgaben und Verwaltungseinnahmen gedeckt. Der außerordentliche Haushalt weist einen Ausgabebedarf von rund 0,5 Milliarden Mark auf, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Der Haushaltsentwurf für 1927 schließt also im wesentlichen in der gleichen Höhe ab, wie der Etat des Jahres 1926. Da im Rechnungsjahr 1927 die Reparationszahlungen aus dem Haushalt um 348,5 Millionen Mark steigen, so müssen bei einer nicht erhöhten Gesamtausgabe an anderer Stelle erhebliche Ersparnisse gemacht worden sein.

Gleichwohl ist es erheblich größeren Schwierigkeiten begegnet, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, als im Vorjahr. Die Finanzsituation Deutschlands wird von Jahr zu Jahr gespannter, da die Reparationslasten dauernd und stark steigen. Es fehlen jetzt auch die Ueberschüsse aus den Jahren 1924 und 1925, mit denen die Mehrausgaben im Jahre 1926 gedeckt wurden. Außerdem vermindern sich die Gewinne aus den Münzprägungen, und es sind schließlich auch die verschleierten Reserven aufgebraucht, die in der Zeit der Luther-Schließen angehäuft worden waren. Trotzdem weist der Haushaltsentwurf äußerlich ein Gleichgewicht auf. Es entsteht jedoch die Frage, ob dieses Gleichgewicht auch in Wirklichkeit vorhanden ist oder ob nicht vielmehr, um das äußere Gleichgewicht herzustellen, die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angelegt worden sind.

Bei der Verteilung der Einnahmen ist zunächst zu berücksichtigen, daß ein Betrag von 400 Millionen aus Ueberschüssen früherer Jahre vollständig weggefallen ist, daß aus der Münzprägung 100 Millionen weniger zur Verfügung stehen, und daß die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts um 400 Millionen Mark höher sind als 1926. Das ist ein Gesamt-Mehrbedarf von 900 Millionen. Diese Summe wird durch Mehreinnahmen aus Steuern um 900 Millionen zu decken gesucht. Und zwar erwartet man bei den Besitz- und Verzehrssteuern einen Mehrertrag von 519, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben einen Mehrertrag von 381 Millionen Mark.

Die Mehreträge sind im allgemeinen vorläufig geschätzt. Bei der Schätzung ist man von der Annahme ausgegangen, daß eine Besserung des Wirtschaftslebens andauern wird, die den bisherigen Steuerertrag um etwa 10 bis 15 Prozent steigert. Dem kann man zustimmen. Das bedeutet aber zugleich, daß in erster Linie der Ertrag der vor der Konjunktur abhängigen Steuern, also der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer und der Beförderungsteuer, mindestens in diesem Ausmaß steigen muß. Aber gerade in dieser Hinsicht weichen die Schätzungen der Regierung vollkommen ab. Bei der Lohnsteuer rechnet man trotz des völlig unveränderten Steuerfußes nur mit einem Mehrertrag von 5 Prozent. Bei der Beför-

derungsteuer wird überhaupt kein Mehretrag erwartet, bei der Umsatzsteuer ist der Mehretrag ebenfalls zu niedrig geschätzt. Auch bei einigen Verbrauchssteuern scheint man zu niedrig geschätzt zu haben, zum Beispiel bei der Zuckersteuer, die bei einer Besserung des Wirtschaftslebens zweifellos infolge Steigerung des Verbrauchs einen über die amtliche Schätzung hinausgehenden Mehretrag liefern wird. Auch bei den Zöllen kann man mit einer ähnlichen Entwicklung rechnen. Dagegen sind die Mehreträge bei den eigentlichen Besitzsteuern zweifellos überschätzt. Bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zum Beispiel rechnet man mit einem Mehretrag von 40 Prozent gegenüber 1926. Man muß bezweifeln, daß die sehr hohen Schätzungen des künftigen Ertrages der Einkommen-, der Körperschafts-, der Vermögens- und der Erbschaftsteuer berechtigt sind. Auf jeden Fall entsteht erneut der Eindruck, daß — wie in früheren Jahren — der Ertrag der Besitzbelastung absichtlich überschätzt wird. Sieht man aber von dieser Fehlerquelle ab, so wird man auch zu dem Ergebnis kommen, daß bei fortschreitender allmählicher Besserung des Wirtschaftslebens die Steigerung des Steuerertrages um 900 Millionen wohl eintreten wird.

Wie aber steht es mit den Ausgaben? Gegenüber dem Etat von 1926 sind bereits etwa 400 Millionen durch Kürzung fortwährend und einmaliger Ausgaben eingespart worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß weitere Ersparnisse in wesentlicher Umfang möglich sein werden. Gegenwärtig man sich die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dann wird man selbst bei Anhalten der Besserung des Wirtschaftslebens mit neuen

Ausgaben rechnen müssen. Jede detaillierte Anforderung aber zehrt das Gleichgewicht des Haushalts, da Reserven zu ihrer Deckung nicht vorhanden sind und auch nur schwer beschafft werden können.

In dieser zu starken Anspannung des Staatshaushalts besteht die Gefahr eines Defizits. Es ist ausgeschlossen, daß der Staat mit seinen gegenwärtigen Einnahmen das ganze Staatsjahr hindurch unterhalten werden kann. Schon gegenwärtig kann man erkennen, an welchen Stellen Minderungen erforderlich sein werden. Es mag für heute genügen, die wichtigsten Minderungen herauszugreifen.

Innerhalb der Reichsregierung trägt man sich mit der Absicht, die Mieten nach Ablauf des Sperrgesetzes am 31. März 1927 um 10 oder 20 Prozent zu erhöhen. Wird diese Absicht verwirklicht, so ist eine Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter und der Renten der Kriegsverwundeten unausbleiblich. Die hierdurch für das Reich neu einwirkende Belastung kann man bei einer Erhöhung der Bezüge um nur 10 Prozent auf mindestens 200 Millionen schätzen. Muß das Reich aber auch die den Ländern und Gemeinden aus der Besoldungserhöhung entstehenden Mehrkosten übernehmen, so erhöht sich dieser Betrag auf etwa 400 Millionen. Nur ein kleiner Teil dieser Mehrlast wird im Laufe des Staatsjahres durch höhere Steuereinnahmen gedeckt werden.

Die zweite Minderungsmaßnahme betrifft die Ausgaben für die unterstehende Erwerbslosenfürsorge. Sie sind im Etatsentwurf mit 200 Millionen angesetzt. Diese Summe beruht auf der Annahme, daß die Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1927 ab in Kraft tritt. Infolgedessen sind 50 Millionen als Grundstock für die Versicherung vorgesehen, ein weiterer Betrag von 50 Millionen ist der geschätzte Bedarf für die erste Uebergangszeit, in der die Mittel aus der Arbeitslosenversicherung den Bedarf voraussichtlich noch nicht voll decken werden. Ferner sollen 100 Millionen zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auf Grund des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung dienen. Nun ist es aber sehr zweifelhaft, ob das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, das bisher dem

Reichstag überhaupt noch nicht zugegangen ist, so rechtzeitig verabschiedet wird, daß die jetzige Erwerbslosenfürsorge am 1. April durch die Erwerbslosenversicherung abgelöst wird. Aber selbst wenn das wider Erwarten der Fall sein sollte, so ist kaum anzunehmen, daß in der Uebergangszeit ein Reichszuschuß von 50 Millionen ausreicht sein wird. Aus den Erläuterungen zu diesem Etatsposten geht außerdem hervor, daß auch die Reichsregierung die diesen Betrag nicht für ausreichend hält und weitere Beträge auf dem Anleihewege beschaffen will. Wo auch hier die Mehrausgaben zu erwarten sind, die eine gewissenhafte Finanzpolitik durch ordentliche Einnahmen und nicht durch Anleihen zu decken suchen würde.

Sowohl die Erhöhung der Bewohnung, als auch der Renten und der Unterstützungen beeinflusst entscheidend den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Angesichts der heutigen Lage muß man damit rechnen, daß jede Erhöhung dieser Ausgabenposten vom Reich getragen werden muß, auch soweit Länder- und Gemeindebefugnisse in Frage kommen. Außerdem besteht schon über den allgemeinen Finanzausgleich ein Konflikt zwischen Reich und Ländern. Der Reichsrat fordert die Aufrechterhaltung der besonderen Garantie für die Umsatzsteuer, durch die der Reichsrat mit 112 1/2 Millionen neu belastet wird. Da die Deckung dafür vom Reichsrat durch eine rein willkürliche Erhöhung der Steuererträge vorgenommen wurde, so ist hierin die dritte Minderungsmaßnahme zu erblicken, durch die das Gleichgewicht in Frage gestellt wird.

Das Gesamtbild des Etats steht also folgendermaßen aus: Die Einnahmen sind in ihrer Gesamthöhe zureichend eingeleitet, sofern die Voraussetzung: Besserung des Wirtschaftslebens, sich voll erfüllt. Trotzdem ist das Gleichgewicht des Etats nur hergestellt, weil die voraussichtlichen Ausgaben für die persönlichen Bezüge der Reichsbediensteten und der Unterstützungsempfänger, sowie die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden zu niedrig eingeschätzt worden sind, und weil ferner für einen Teil der ordentlichen Ausgaben (zum Beispiel Erwerbslosenunterstützung, Marine-Neubauten) der bedenkliche Weg der Deckung durch Anleihe begangen werden soll.

aus der britischen Niederlassung vertrieben seien, sich nicht fügen, jedoch hätten bei dem Eindringen der Bolschewisten in Niederlassung die englischen Behörden es für unmöglich gehalten, ohne Waffengebrauch die erregte Menge aufzuhalten. Sie hätten deshalb die Niederlassung unter der Kontrolle der Antontuppen gefaßt. Die zur Verfügung stehende englische Marineabteilung war geringfügig und wäre, wenn sie nicht zurückgezogen worden wäre, voraussichtlich unterlegen.

Die Garantiepaktverhandlungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten.

Moskau, 5. Januar. (Drahtbericht.) Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat die Mitteilung erhalten, daß das russische Ministerium des Äußeren dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Estland amtlich erklärt hat, daß der Zusammenkunft der Minister des Äußeren Estlands, Finnlands und Lettlands sei der Wunsch aller drei Staaten festgelegt worden, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Garantiepakt fortzusetzen und durch gegenseitige Zugeständnisse zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Ein Mindestprogramm der belgischen Sozialisten für Koalitionspolitik.

Brüssel, 6. Januar. (Eigener Funkbericht.) Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei befaßte sich am Mittwoch mit der Durchführung des Koalitionspolitischen Programms, wonach die Frage, ob Sozialisten in der Koalitionsregierung verbleiben sollen, die Kreisorganisationen unterbreitet wird. Nach mehrstündiger Debatte wurde schließlich beschlossen, folgendes Mindestprogramm den Kreisverbänden zu unterbreiten:

Schnelle Aufwertung der Alters- und Unfallrenten, Stärkung des Kranken- und Arbeitslosenfonds, weitere Entwicklung der sozialistischen Krankenkassen, Stärkung des Arbeiterwohnungsbaufonds, Entwicklung des Kleinrentnerfonds, grundsätzliche Beibehaltung der Uebersteuer auf hohes Einkommen, Revision des Arbeiter-Unfallgesetzes und Einbringung eines Gesetzes über Berufsunfähigkeit, Reform der Arbeitsinspektion in den Kohlengruben, Vorbereitung der Nationalisierung unausgebeuteter Kohlenfelder, baldige Wiederherstellung der Autonomie der Gemeinden und Provinzen.

Falls die Kreisverbände dieses Programm aufheben, so es zur Grundlage der Verhandlungen mit den anderen Parteien zur Regierungsbildung dienen. Außerdem beschloß der Generalrat eine Resolution, worin Forderungen aufgestellt werden, die zwar nicht unbedingt im Koalitionspolitischen Programm sein müssen, wofür aber sowohl die sozialistischen Minister wie die Parlamentsfraktion energig eingreifen sollte. Dazu gehören insbesondere die Entwicklung des Laienunterrichts, Bekämpfung der Aktion auf internationaler Ebene, namentlich für Abrüstung und Reform des Heereswesens und Herabsetzung der Dienstzeit auf sechs Monate.

Neue Unruhen in Mexiko?

Die englische Agentur Reuters meldet aus Mexiko: Ein Handelstreifen ist die Nachricht eingegangen, daß Zacatecas, das Zentrum der Silberbergwerke, von 2000 Aufständischen unter General Gallegos, besetzt worden ist. In anderen Teilen des Landes sollen ebenfalls Revolten ausgebrochen sein.

Derartige angebliche Aufstände gegen die von der Arbeiterbewegung unterstützte mexikanische Regierung wurden bekanntlich wiederholt von nordamerikanischen kapitalistischen Interessenten angezettelt, die am Sturz der jetzigen Regierung Calles und ihrer Politik der Sicherung mexicanischer Bodenschätze gegen ausländischen Zugriff interessiert sind. In Spiel wurde freilich immer wieder erleichtert durch den Konflikt der Regierung mit der katholischen Kirche, der vor allem durch Nachkommen der einst mit Feuer und Schwert beherrschten farbigen Eingeborenen des Landes fanatisch ergriffen ist.

Kleine Auslandsnachrichten.

Internierungslager in Litauen. Die litauische Regierung hat in Wornig ein Internierungslager für alle diejenigen eingerichtet, die der Ordnung des Landes oder der Ruhe der Bevölkerung gefährlich werden könnten. Dorthin sollen vor allem die angelegten Kommunisten kommen.

Sieben Jahre Alkoholverbot in Amerika. Am 16. Januar sind sieben Jahre seit der Einführung des vollständigen Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika verstrichen. Daß an eine Aufhebung des auch in Amerika umstrittenen Gesetzes nicht zu denken ist, lehrt die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses und des Senats, deren Mehrheiten verbotlich freundlich sind. Dies ergibt sich auch aus der Beschlusse, mit der der Präsident Coolidge die letzte Session des Kongresses eröffnet hat. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich für eine strenge Durchführung des Verbotes aus.

Neuer Erfolg der chinesischen Nationalbewegung.

Rundgebungen der englischen Arbeiterpartei für Verständigungspolitik mit China.

London, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der Arbeiterpartei hat am Mittwochabend ein von den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Robert, Henderson und MacDonald unterschriebenes Manifest der Presse übergeben, in welchem die Politik der Arbeiterpartei gegenüber China formuliert wird. Nachdem einleitend auf die mit der Politik der Arbeiterpartei in Übereinstimmung stehende Veränderung der offiziellen britischen Politik gegenüber China in der jüngsten Zeit hingewiesen wird, betont das Manifest, daß die einzige Aufgabe der britischen Regierung bei ihren Verhandlungen mit China darin bestehen könne, die notwendigen Mindestgarantien für die in China lebenden Staatsbürger sowie für die Sicherheit des chinesisch-englischen Handelsverkehrs zu erlangen. Das könne im modernen China jedoch nur auf der Basis von Verhandlungen erzielt werden, die im Geiste gegenseitiger Achtung und gegenseitiger Anerkennung der Souveränität geführt werden. Ein wesentlicher Beweis, den Großbritannien für den neuen Geist in seinen Beziehungen zu China bringen könnte, würde in einem Abgehör an China bestehen, alle britischen Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern zurückzuziehen, falls China die Sicherheit der britischen Bewohner in China garantiere.

Das Manifest betont ferner, daß die britische Regierung volle Neutralität gegenüber den einander bekämpfenden Kräften in China bewahren müsse. Die britische Regierung sollte den Versuch machen, in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen ein absolutes und wirksames Verbot der Waffeneinfuhr nach China durchzusetzen. Dieses Einfuhrverbot von Waffen nach China soll sich auf alle für Kriegszwecke indirekt dienenden Gegenstände ausdehnen werden.

Ueberdies soll das bereits bestehende Ausfuhrverbot von Waffen von England nach China wirksam gemacht werden. Schließlich betont das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei, die englische Regierung dürfe sich weder durch die Rechtsradikalen im eigenen Lande noch durch etwaige Abmachungen anderer Mächte von dieser Politik abhalten lassen, die lediglich die logische Folgerung aus der von der Regierung bereits eingeschlagenen Politik darstelle.

Am Schluß weist das Exekutivkomitee die verschiedenen Organisationen der Arbeiterpartei an, sich nicht wegen etwaiger von außenstehenden Organisationen veranstalteter Rundgebungen hinsichtlich Chinas Zeit zu nehmen, sondern selbst Rundgebungen zu veranstalten.

Hankau in den Händen der Kanton-Truppen.

Die Ereignisse in China haben plötzlich im Gebiet von Hankau eine Verschärfung erfahren. Den chinesischen Nationaltruppen ist es gelungen, in die britische Konzession einzudringen. Sie haben die englischen Truppen vertrieben und das Zollgebäude und das Rathaus besetzt. Die chinesische Polizei hält vorläufig die Ordnung noch aufrecht. Das englische Auswärtige Amt hat auf die Meldung hin sofort sämtlichen in chinesischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffen Befehl erteilt, sich nach Hankau zu begeben. Drei englische Kreuzer sind bereits dorthin unterwegs. Die französischen, spanischen und amerikanischen Konzessionen sind ebenfalls von den Kanton-Truppen besetzt worden; zu Ausbreitungen ist es bisher nicht gekommen. (Hankau am Yangtsekiang mit rund 1 1/2 Millionen Einwohnern ist der wichtigste Handelsplatz Mittel-Chinas. Red.)

Zu den Vorgängen in Hankau meldet Reuters noch, daß das aus japanischer Quelle stammende Gerücht, wonach die Engländer

Indizien

Roman von Paul Garde.

14] (Nachdruck verboten).

Nach der Unterredung mit dem Landrichter war es nichts Gutes, was Starke am nächsten Abend Krüger mitteilen konnte, als dieser ihn auf der Straße ansprach.

Krüger war im Zweifel gewesen, ob Starke ihm freundschaftliche Zusätze geben würde. Er hatte langsam, höflich den Hut gezogen und sich mit förmlicher Anrede an ihn gewandt. Starke freckte ihm jedoch sofort die Hand entgegen und antwortete warm und verbindlich: „Gut, daß du kommst, ich wollte mich schon lange mit dir aussprechen.“

Sie gingen die Straße hinaus und Krüger erzählte, wie fest er von der Unschuld seines Sohnes überzeugt sei. Am Dipsal begann Starke zu fragen, wie er sich die Tat denke, wenn er als Täter annehme. Da wußte Krüger nur, stehend das eine oder andere heranzukramen, an das er selbst nicht glaubte, und als sie zurückgehend den verhängnisvollen Hausflur dunkeln sahen, waren sie am Ende mit der Erzählung aller Möglichkeiten, die dem Fall Heller ein anderes Aussehen geben konnten.

Vor dem Hausflur blieben sie stehen, wie vor einem Dämon. Als wenn er einem Dämon die trostlose, todtraurige Geschichte zweier Menschen, die er in seine Klauen bekommen hatte, vorhalte, schloß Starke gedämpft die Lippen der beiden Jungen. Gegen sie sprachen ihre wilden Aeußerungen über den Schlichter, vor allem Hansens Bemerkung, er werde ihn mit einem Schmiedehammer niederschlagen.“

„So will Hans nicht gesagt haben.“

„Ich glaube auch nicht. Aber Gustav hat es ausgesagt. Als man ihm die von ihm und seinem Kumpan gestohlenen Sachen zeigte und ihm nachsah, daß zwei Männer, die sonst zusammengehörten haben, auch gut einen Raubmord ausführen könnten, schrie er hinaus, daß er niemals die volle Wahrheit sagen wolle und gab zu Protokoll, daß Hans am Abend vor dem Raub gedroht habe, er werde den Schmiedehammer mit

einem Schmiedehammer niederschlagen. Der Litauer bestätigte diese Aussage, und die übrigen Burischen gaben zu, daß Hans von einem Niederlagen mit dem Schmiedehammer gesprochen habe, nur wußten sie nicht genau, ob in direktem Zusammenhang mit dem Meißel.“

„Und Hans?“

„Konnte nicht leugnen, davon gesprochen zu haben, den Schmiedehammer zu gebrauchen. Aber er bestritt weinend, dabei auch nur entfernt an den Schlichter gedacht zu haben.“

„Ja, du glaubst, daß es nur ein leichtsinniges Jugendwort war, wird wohl auch so sein. Aber was nützt das? Für den Staatsanwalt ist so ein Wort eine Basis, auf der ein ganzes Anklagegebäude schlüsselfertig aufgebaut werden kann. Und tritt man sich Wort für Wort mit allen rednerischen Kniffen und Schikanen breit, so suggeriert man seine Schwere und Wichtigkeit schließlich auch den künftigen Geschworenen. Glaube mir, ich kenne den Betrieb bei Gericht.“

„Das ist ja fürchtbar. Wahnsinn! Schwinde!“

„Wenn nicht das ungeliebte Verschwinden gewesen wäre, wäre ja alles gut, aber, sage selbst, muß es nicht höchst belästigend wirken, daß die beiden gerade in jener Nacht austritten? Und daß sie trotzdem nichts gesehen und gehört haben wollen von dem Schlichter? Daß sie keinem, Hans, selbst dir nicht, ein Wort der Erklärung hinterließen?“

„Was wird so?“

Der Kommissar neigte schwer den Kopf, sprach mit vornehmlichem Bedauern: „Ein einziges, aber nicht unbedeutendes Indizium spricht für ihre Unschuld: daß sie zu Fuß gewandert sind, sich durchgearbeitet und durchgebeißelt haben, daß alles dafür spricht, daß sie über kein Geld verfügten. Der Mörder aber hat dem Schlichter all sein Geld, den ganzen Briefkastengehalt, sogar die Briefe und Rechnungen darin abgenommen.“

„Ja, herrgott, warum hat er ihm dann die leere Briefstasche gelassen?“

„Ja, das ist auch so ein merkwürdiger Punkt in der Sache.“

„Ist denn das nicht schlagender Beweis für ihre Unschuld?“

„Nicht für einen Staatsanwalt. Sie können das Geld ja vergraben haben, an sicherer Stelle, von der sie es hervorholen wollen, wenn sie entlassen sind.“

„So kommt es auf den Staatsanwalt an?“

„Vor allen Dingen — und die Sache Heller kriegt gerade ein junger, ehrgeiziger Herr, der alles draussetzen will, einen Erfolg einzuheimen. Unmöglich ist es natürlich trotzdem nicht, daß sie freikommen, wegen Mangel an Beweisen —“

„Und Hans rennt sein Leben lang gebrandmarkt herum, jeder hält ihn für einen Mörder, der nur das Schwein hätte nicht überführt zu werden — nein, danke, das —“

Krüger konnte nicht weiter, es würgte ihn, es schüttelte ihm die Kehle zusammen. Wie jenseits einer Wand hörte er die Worte seines Freundes.

„Ja, die Indizien — wer weiß, wieviel Unschuldige sie schon unglücklich gemacht haben.“

Herd und Irrtümer kamen die Worte aus Starkes Mund. „Was ist er in den Hausflur, in dessen unreines Halbdunkel das Flackern des Gasflämmchens nebelartige Figuren wie eine Schrift, die allen Entzettelungen spottete, Schatten wie Gespenster, die den Menschen unfähig waren...“

„Wie oft sind wir Kriminale auf einen glücklichen Zufall angewiesen.“

Krüger ballte die Faust, stierte zum Fluß. Stöhnend rief er aus: „Und davon sind zwei fünfzehnjährige Leben abhängig!“

Ins Leere vertönten die Worte, ins antwortlose Leere.

Ein Mann kam vom Nachbargarten, erkannte Starke, grüßte und ging mit hallenden Schritten in den Fluß hinein. Stieg die Steinfelsen hinauf. Es war der Briefträger. Die dickbauchige Kappe vor seinem Leib gab ihm das Aussehen eines Wärters, der einen gefüllten Kasten Futter dem Anier brachte.

VI.

Der junge, ehrgeizige Staatsanwalt fluchte: Wieder war etwas in die verfluchte Sache Schlichtermeister Heller hineingekommen, so daß die Aussicht auf eine glänzende Auflockerung ins Ungewisse verschwamm.

Der Untersuchungsrichter sah vor dem immer wieder wackelnden Altentisch und schloß. Er hob die Brille auf die Stirn und starrte mit klugen, fahlen Augen, die härtestes Arbeiter seines Bezirks verrietten, vor sich hin.

Starke kam schnaufend und erregt, wie er selten war, den Korridor zum Richterzimmer entlang geeilt.

Im Vorzimmer des Richters sah eine Frau in Trauerbeize gut aufgefütterter Leib in ratlosem Entsetzen erbeben.

Starke klopfte: „Herein.“ Der Richter hob ihm ein ganzes Bündel Briefe und Rechnungen hin, die in einem gelben, grobpapierigen Geschäftskoffer steckten. Gelbsteine, und nicht zu wenig, blinzelten zwischen den Briefen hervor.

„Da, sehen Sie. Briefe, Geld und Rechnungen aus dem Briefkasten des Schlichters. Gestern Abend der Schlichterwitwe zugegangen, wie sie ausfragt. In diesem Kuvert. Nach der Meinung der Frau könne kaum viel mehr oder anderes in dem Briefstasche enthalten sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Die österreichischen Schweinchen nachrichten der „Schlesischen Zeitung“.

Nachdem wir der „Schlesischen Zeitung“ im Oktober ein paar ihrer Finger gegeben hatten, weil sie sich von ihrem österreichischen Korrespondenten statt über die Korruptionsaffären der christlichsozialen und großdeutschen Führer, die gerade den Untersuchungsausschuss des Parlamentes beschäftigten, einen verlogenen Bericht über einen angeblichen roten Sumpf hatte berichten lassen, hat sie fast drei Monate Ruhe gegeben. Jetzt möchte sie das wieder nachholen und da sie sich nach dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses doch nicht bogen vor Korruptionsaffären zu schreiben traut, tücht ihr Wiener Berichterstatter am 31. Dezember ihren Lesern wieder Märchen über eine angebliche Spaltung in der österreichischen Sozialdemokratie auf. Obwohl jedem, der die Zusammenhänge in der österreichischen Sozialdemokratie auch nur einigermaßen verfolgt, diese Berichte auf den ersten Blick als erlogen erkennbar sind, haben wir uns doch an unseren Wiener Berichterstatter gewendet, um von ihm Näheres über die Dinge zu erfahren, aus denen der Herr Berichterstatter unseres feinen Breslauer Blattes seinen Lügenbericht zusammengelogen hat. Unser Berichterstatter schreibt uns nun:

Man greift sich an den Kopf, wenn man liest, was so ein hürgeleiteter Berichterstatter der „Schlesischen Zeitung“ und er will — offenbar, um die dann in dem Bericht ausgebreiteten verleumderischen Ausstellungen unterbringen zu können, um die sie sich hier allein handelt — dann von scharfen Gegensätzen zwischen den verschiedensten Gruppen erzählen, wobei jeder, der die Verhältnisse kennt, über die trasse Unkenntnis der einfachsten Tatsachen der Partei kauen muß. Nun, was geht vor? Und was ist an diesen scharfen Gegensätzen wahr? Nichts geht vor! Und nicht ein Wort ist davon wahr! Die Partei, die jetzt den Kampf um die Mehrheit in Oesterreich führt, ist geschlossen als je!

„Was geht in der österreichischen Sozialdemokratie vor?“ trägt der Wiener Berichterstatter der „Schlesischen Zeitung“ und er will — offenbar, um die dann in dem Bericht ausgebreiteten verleumderischen Ausstellungen unterbringen zu können, um die sie sich hier allein handelt — dann von scharfen Gegensätzen zwischen den verschiedensten Gruppen erzählen, wobei jeder, der die Verhältnisse kennt, über die trasse Unkenntnis der einfachsten Tatsachen der Partei kauen muß. Nun, was geht vor? Und was ist an diesen scharfen Gegensätzen wahr? Nichts geht vor! Und nicht ein Wort ist davon wahr! Die Partei, die jetzt den Kampf um die Mehrheit in Oesterreich führt, ist geschlossen als je!

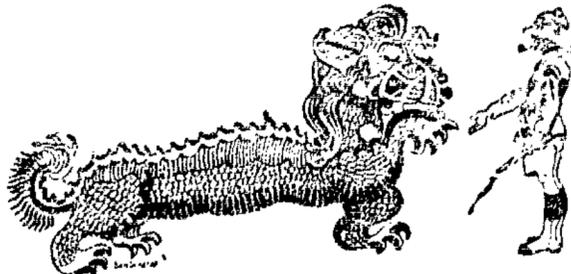
Aber — so lesen wir in der „Schlesischen Zeitung“ — die schweren Korruptionsaffären der letzten Monate... Waren die Politiker, deren Korruption der parlamentarische Untersuchungsausschuss jetzt untersucht, etwa Sozialdemokraten? War der Finanzminister Dr. Ahrer, der während der Untersuchung von einem Freund nach Amerika geschickt wurde, der Finanzminister, der den famosen Vertrag mit Bosel schloß, nicht ein Christlichsozialer? War der Dr. Kintelen, der ehemalige zeitliche Landeshauptmann und nachmalige Unterrichtsminister, der ständige Präsident der korrupten Steirerbank, nicht ein Christlichsozialer? War der niederösterreichische Landeshauptmann Buresch, der die Gelder der Bauern ostindischen Spekulantur Verfügung stellte, waren alle die Spießgesellen der Bosel und Louis Bronner und Felias Aherbach etwa nicht Christlichsozialer und Großdeutsche? Waren die Politiker, die mit Geldern der Genossenschaften an der Börse spekulierten und die Gelder der Genossenschaften in Frankenspekulationen verpielten, etwa Sozialdemokraten und nicht Christlichsozialer? War der Handelsminister, der seine Zustimmung zum Vertrag mit Bosel, bei dem der Staat etwa sieben Millionen Dollar verlor, gab, ein Sozialdemokrat und nicht der Großdeutsche Dr. Schürff? Und war derjenige, der Ahrer, selbst als er seine Schweinereien schon kannte, noch vier Monate in der Regierung hielt, etwa ein Sozialdemokrat? Und nicht der päpstliche Prälat und christlichsozialer Parteiführer, der nunmehrige Bundeskanzler Dr. Seipel?

Aber nicht nur die schweren Korruptionsaffären sondern auch noch die skandalöse Ruinwirtschaft der Sozialdemokraten in der Wiener Gemeindestube habe selbst in den Kreisen der Arbeiterschaft den Nimbus stark beeinträchtigt und die Gefahr der Abdröckelung großer Wählermassen werde nun eintreten. Also Ruinwirtschaft in der Wiener Gemeinde. Aber gleich danach wird erzählt, daß die Gemeinde Wien nicht weiß, was sie mit ihren Milliarden anfangen soll. Was ist also wahr? Freilich wird dabei auch von der Arbeitslosigkeit erzählt, die als Folge des Steuersystems der Gemeindegemeinschaft eingeleitet wird. Erst vor zwei Wochen wurde in der Staatsdebate im Gemeinderat festgestellt, wie sehr die großen Inzestitionen der Gemeinde Wien — sie weiß also sehr wohl, was sie mit den Milliarden anfangen soll — die Arbeitslosigkeit verhindern, so daß der Anteil Wiens an der gesamten österreichischen Arbeitslosigkeit immer geringer wird. Es wurde festgestellt, daß die Tarife für Gas, elektrischen Strom, Straßenbahn und Wasser in Wien niedriger sind als sonst irgendwo in Europa und daß die Gemeinde im nächsten Jahr nur 234 Millionen Schilling (rund 40 Millionen Mark!) Aufträge an Industrie und Gewerbe verleiht. Die Hälfte davon verwendet die Gemeinde zum Bau neuer Wohnhäuser.

Und doch Ruinwirtschaft? Die Kapitalisten schreien es in die Welt hinaus! Und die Lafaien der Kapitalisten schreien mit! Würde die Gemeinde die feinen Hotels und Restaurants, die Bars und Champagnerlokale von der Luxussteuer, die Varietés und Operntheater von der Luftverkehrsabgabe befreien, würde sie den Verkäufern von Pelzen und Juwelen nicht, die Luxusabgabe von den Rothschilds nicht, die Hausversteigerung — vom zweiten Hausgehilfen an! — verlangen, dann könnte sie zwar nicht für 100 Millionen Schilling Häuser bauen, würde nicht für eine Viertel-Milliarde Bestellungen an die Industrie und an das Gewerbe vergeben. Dann würden aber Zehntausende von Arbeitern keine Arbeit finden, aber die Kapitalisten — nicht die Industriel kapitalisten, die ja an den Bestellungen der Gemeinde profitieren — aber die Börzenspekulanten, die Freunde der Christlichsozialen, wären es zu leben und ihre Lafaien würden nicht mehr über Ruinwirtschaft streiten!

Aber dem widerspricht doch die von dem Berichterstatter der „Schlesischen Zeitung“ beobachtete Tatsache, daß ein Teil der Parteiführer mit der Tätigkeit des Wiener Finanzdirektors

Einmal und jetzt.



1900: „Kusch dich, China! Schön Pötschen geben!“



1926: „Wollen Sie bitte den Hut ziehen, John Bull!“

Breitner (nicht Dr. Breitner, wie der Berichterstatter ihn nennt) nicht einverstanden ist und daß Breitners Tage im Wiener Gemeinderat gezählt sind! Nur schade, daß auch davon nicht ein Wort wahr ist. Es gibt in der Partei nicht einen, der nicht auf Breitner stolz wäre, nicht einen, der nicht Breitners Finanzkunst bewundern würde. Ist es nicht läppisch, daß so ein Ignorant, der nicht die einfachsten Tatsachen der österreichischen Politik kennt, sich gegen eine Bekämpfung dieser Dummheiten mit der Behauptung wehrt, daß auch ein Dementi des Kaufes des „Habsburger Schlosses auf dem Wilhelminenberg“ nicht richtig war! Aber dieses Dementi ist gar nicht von der Gemeinde ausgegangen. Und was wäre auch daran, wenn die Gemeinde vorzeitige Indiskretionen über den Kauf eines Schlosses für eine Kinderherberge abgewehrt hätte?

Und um seine Wahrheitsliebe um so heller erstrahlen zu lassen, erzählt er von einer schweren Krise in der Sozialdemokratischen Partei — Lüge! — davon, daß der Präsident des Nationalrats, Ebersch, nicht mehr kandidieren wird — Lüge! — daß Alina, der Vertrauensmann der Bankangestellten, daß Abram, der Leiter der Tiroler Genossenschaft, nicht mehr kandidieren werden und er fügt zu diesen Lügen nicht nur die weitere hinzu, daß „möglicherweise“ auch Renner nicht mehr kandidieren wird, sondern auch noch die Lügen von angeblichen Korruptionsfällen, die er immer nur andeutet und auch von angeblichen Posten, die sie bekommen sollen. Um aber die Wahrheitsliebe dieses famosen Berichterstatters aufzuzeigen, sei die Besichtigung, die er gegen Ebersch erhebt, angeführt. Diesem sei bewiesen worden, daß er gelegentlich des Verkaufs der Hammerbrotwerke an Bosel sich von diesem zwei Milliarden als „Abfertigung“ zahlen ließ. In Wirklichkeit wurde — aber nicht etwa, wie der Ehrenmann behauptet, im Ausschuss — festgestellt, daß Ebersch vertragsmäßig Anspruch auf einen Ruhegenuß von den Hammerbrotwerken hatte und daß es der Partei nicht recht sein konnte, daß er diesen Ruhegenuß von Bosel erhalte, weshalb der kapitalisierte Betrag von dem Käufer an die Partei bezahlt wurde, die dafür die Verpflichtung, den Ruhegenuß zu zahlen, übernahm. Und nicht anders ist es mit den anderen Besichtigungen, die alle nur den Zweck verfolgen, die Aufmerksamkeit von den in den beiden Ausschüssen des Parlaments festgestellten Korruptionsaffären der bürgerlichen Politiker abzulenken. G. P.

Aus aller Welt.

Neun Arbeiter durch Kohlenoxydgas vergiftet.

Gestern nachmittag brachen in einer Berliner Metallwarenfabrik in der Ritterstraße neun Arbeiter plötzlich bewusstlos zusammen. Sie waren durch Kohlenoxydgas vergiftet worden. Der alarmierten Feuerwehrgang gelang es, acht Arbeiter durch Sauerstoffapparate wieder zum Bewußtsein zu bringen, während der neunte Verunglückte ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Gase sollen einem schadhafte Ofen entströmt sein. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Lebendig verbrannt.

Am Mittwochabend verbrannte in Berlin-Kaulsdorf die 52jährige Frau des Kallners Henkel bei lebendigem Leibe. Die Frau war auf dem Weg zum Supermarkt, als eine brennende Petroleumlampe fallen ließ.

Scheidung zweier Bühnen- und Filmkünstler.

Die Ehe des Berliner Künstlerpaars Harry Diebke und Käthe Dorsch ist am Mittwoch geschieden worden.

Verunglückter Autodieb.

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Berlin, in der Nähe des Stettiner Bahnhofs, der Führer einer Kraftloske betrunken und auf dem Sitz seines schwer beschädigten Wagens gefunden. Er war anscheinend mit voller Wucht gegen einen Straßenbahnmast gerannt. Aus den Papieren ergab sich, daß der Verunglückte ein 29 Jahre alter Kraftloskelenführer war, der den verunglückten Wagen kurz vorher gestohlen hatte. Bereits am 1. Januar hatte er ähnliches Verbrechen mit einem gestohlenen Wagen, damals wurde er festgenommen, weil er den Wagen nicht richtig beleuchtet hatte. Er erklärte, seit langem stellunglos zu sein, deshalb habe er sich mit der gestohlenen Drohke einen Nebenverdienst erwerben wollen.

Berleiung der Rettungs- und Erinnerungsmedaille.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium durch Erlasse vom 9. bezw. 29. November und vom 2. bezw. 4. Dezember 1926 verliehen die Rettungsmedaille am Bande an: Fräulein Dina Marten, Hauswirtschaftslehrerin in Berlin-Halensee, Dr. Hans Benner, Apotheker in Klein-Algermissen (Kreis Hildesheim-Land), Philipp Muffel, Obergeizter, 7. Komp., 3. Br. Infanterie-Regiment in Deutsch-Eylau, Wilhelm Wurmküh, Fleischer in Halle a. S., Wilhelm von Dossien, Kapitän in Hamburg a. Rh., Gustav Schäfer, Matrose in Hamburg a. Rh., Hermann Eise, Maschinist in Hamburg a. Rh., Hermann Brans, Kapitän in Hamburg a. Rh. — Die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr an: Hugo Brandt, Bootsmannmaat

Freispruch Deutscher von einem englischen Kriegsgericht im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 5. Januar. (Eigener Frankfurter Bericht.) Vor dem englischen Kriegsgericht in Mesopotamien hatten sich in den letzten beiden Tagen vier junge Leute aus Wozdorf im Taunus zu verantworten. Die Angeklagten waren von Wehrmachtsleuten in einer Mischhaft mit zwei englischen Soldaten in Streit geraten. Sie warfen die Soldaten bei guter Gelegenheit aus der Mischhaft heraus, wobei der eine Engländer ziemlich stark verwundet worden war.

Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil nicht mit absoluter Sicherheit der Beweis zu erbringen war, daß sie die wirklichen Täter gewesen sind. Der englische Staatsanwalt erklärte in seiner Rede, daß die beiden Soldaten die Angeklagten durch ihr Verhalten provoziert hätten.

Eine Erklärung Poincarés für Vertagung der Rheinlandräumungs-Debatte?

Paris, 6. Januar. (Eigener Frankfurter Bericht.)

Das nationalitische „Echo de Paris“ behauptet, daß Poincaré sich sofort nach Wiedervereinigung der Kammern jeglicher Debatte über die Außenpolitik widersetzen werde. Er werde erklären, daß er Anhänger einer Friedenspolitik sei, daß es ihm aber im gegebenen Zeitpunkt unmöglich erscheine, die Frage der Rheinlandräumung vor der Kammer aufzuwerfen, und zwar solange Frankreich nicht alle für die Sicherheit Frankreichs nötigen Garantien gegeben habe. Briand habe im übrigen im Ministerrat erklärt, daß die Frage der Rheinlandräumung in seiner Besprechung mit Stresemann nicht aufgeworfen worden sei. Das Blatt behauptet, Poincaré sei jetzt bereits sicher, die Genehmigung für seinen Antrag auf Vertagung der außenpolitischen Debatte von der Kammermehrheit zu erhalten, da die Parteien wissen, daß die geringste Regierungskrise eine finanzielle Katastrophe nach sich ziehen würde.

Eine neue Fernsprechornung.

Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist der Entwurf einer neuen Fernsprechornung zugegangen. Danach sollen wieder Grundgebühren eingeführt, gleichzeitig aber die Ortsgesprächgebühren ermäßigt werden. Die Bezahlung einer bestimmten Zahl von Pflichtgesprächen wird nicht mehr beansprucht. Die monatliche Grundgebühr soll betragen: in Fernsprechnetzen bis zu 100 Anschlüssen 3 Mark, 100 bis 500 Anschlüssen 6 Mark, 500 bis 1000 Anschlüssen 7 Mark, 1000 bis 10 000 Anschlüssen 8 Mark, 10 000 bis 50 000 Anschlüssen 9 Mark, 50 000 bis 100 000 Anschlüssen 10 Mark. Für jede angehängene weitere 100 000 Hauptanschlüsse erhöht sich die Grundgebühr um eine Mark. Die Ortsgesprächgebühr beträgt künftig für das 1. bis 100. Gespräch im Monat 10 Pf., 101. bis 200. Gespräch im Monat 9 Pf., für jedes weitere Gespräch 8 Pf. In den ersten Stufen des Fernsprecherkehrs tritt ebenfalls eine wesentliche Vereinfachung ein.

Aus dem Reiche.

Das neugewählte Leisnauer Stadtverordnetenkollegium, das eine proletarische Mehrheit hat, trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Oberbürgermeister Dr. Kothke konnte es in seiner Begrüßungsansprache nicht unterlassen, seinem Gefühl des „Schmerzes darüber“, daß das neue Stadtparlament eine Linksmehrheit erhalten hat, Ausdruck zu geben und die Hoffnung auszusprechen, daß bei der nächsten Wahl eine andere Zusammensetzung zustandekommen möge. Zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wurde der Sozialdemokrat Landgerichtsdirektor Dr. Hübler durch Juroren einstimmig gewählt, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratie Geheimrat Dr. Jund, für den außer den Bürgerlichen auch die Sozialdemokraten stimmten, und zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunisten Herrmann.

Kein Sichtvermerk nach Portugal. Für deutsche Reichsangehörige, die das portugiesische Staatsgebiet betreten oder verlassen, ist der Sichtvermerkswang aufgehoben. Der Fortfall des Sichtvermerkswanges findet vorläufig jedoch nur auf Reisende Anwendung, die Portugal, die Azoren oder Madeira betreten oder verlassen, während für Reisende in die portugiesischen Kolonien nach wie vor ein Sichtvermerk erforderlich bleibt.

in Kiel, Willi Hebold, Bäckermeister in Leisnaw (Kreis Weisternberg), Otto Fuhrmann, Kaufmann in Berlin Wilhelm Diebel, Kaufmann in Hef-Obendorf (Kreis Grafschaft Schaumburg), Wilhelm Sprenger, Schüler in Bodum (Kreis Düsseldorf), Werner Wolf, Nachtwachtbeamter in Croffen a. O.

Internationaler Tabakgegnertongress.

Im Mai findet in Prag der Internationale Tabakgegnertongress statt, zu dem mehr als 700 Delegierte erwartet werden, darunter auch solche aus Amerika und Südamerika. Zugleich mit dem Kongress wird auch eine Ausstellung veranstaltet werden, welche die Schäden des Tabakgenusses veranschaulichen soll. Der Prager Kongress findet im Rahmen der großen internationalen Konferenzen statt, welche unter dem Schlagwort „Kampf den Betäubungsmitteln“ auf der Weltgesundheitskonferenz in Chicago beschlossen wurde.

Bier Opfer einer Gasexplosion.

In Brünn sind vier junge Angestellte eines Hotels im Alter von 14, 15, 17 und 22 Jahren das Opfer einer Gasexplosion geworden. Als sie nach Schluß ihres Dienstes in einem Badezimmer im Keller baden wollten, strömte Gas aus, das sie betäubte. Als man sie auffand, waren alle vier tot.

Ein Seeheld gestorben.

In Stagen, jener wegen ihrer Stürme berühmten nördlichsten Spitze Dänemarks, starb in diesen Tagen der Fischer Gajhede. Er war bekannt als Seemann eines Rettungsbootes und hat im Laufe seines Lebens in diesem Boot nicht weniger als 300 Menschen von gestandenen Schiffen gerettet.

Der Fernsprecherkehr London-Newyork.

Am 7. Januar, mittags 1.45 Uhr, wird der transatlantische drahtlose Fernsprecherkehr London-Newyork für die Öffentlichkeit freigegeben. Täglich zwischen 1.30 Uhr und 6 Uhr nachmittags wird man gegen eine Entschädigung von 15 Pfund drei Minuten mit Newyork sprechen können. Bei der Anmeldung des Gesprächs braucht nur der Name und die Telefonnummer des Newyorker Teilnehmers angegeben zu werden.

140 Bohrer eingeleitet.

Ungeheure Schneestürme haben im Gebiet des Kaukasus und des Schwarzen Meeres große Verwüstungen angerichtet. In Baku und Tiflis sind 4 Tote und 60 Verwundete den Verheerungen zum Opfer gefallen, außerdem werden noch über 20 Personen vermisst. Ein Personenzug wurde durch die Gewalt des Sturmes aus dem Gleis geschleudert. Im Natur Petroleumgebiet sind 140 Bohrstämme umgestürzt. Große Verwüstungen hat man für die Schiffe, die sich im Schwarzen und im Kapischen Meer auf hoher See befinden.

Fache

Weinbrandmarken, Edelstörre, Edelbranntweine, Punsch, Jamaica-Rum, Arrac-Verfälschte sind den führenden Marken des In- und Auslandes ebenbürtig!

Die Preiswürdigkeit unserer Fabrikate erklärt sich dadurch, daß die Preise ohne jeden Zwischenhandel, ohne Verfabrikanten und ohne laufende Kasse kalkuliert sind. 1921/22

Emil Fache Aktien-Gesellschaft

Bitte probieren - und vergleichen Sie Einzelverkauf in allen Fache-Gaststätten und unserem Detail-Flaschenverkaufsgeschäft (kein Ausschank) Teichstraße 23

Bei schriftl. oder telef. Bestellungen in unserer Zentrale Teichstraße 27, Fernruf Df. 600, 9157, 9158, erfolgt Lieferung frei Haus

Familien-Anzeigen

Ein gutes Gatten- und Mutie. Herz hat aufgehört zu schlagen!

Am 3. Januar, abends 10^{3/4} Uhr, entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine treue Gattin, unsere liebenswerte Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frauen

Rosina Neuman

geb. Christoph

4 Tage vor ihrem 71. Geburtstage.

Breslau, den 5. Januar 1927.
Gräbschener Str. 175 II

In tiefstem Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, den 7. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Gräbschener Gemeinde-Friedhofes aus

Am 4. Januar verstarb unser treuer Freund und Kollege, der Knopfmacher

Herz Julius Kalisch

im Alter von 67 Jahren. Sein einflussreiches und aufrechtes Charakter wird uns stets ein Vorbild sein. Sein Andenken wird uns unvergessen bleiben.

Die Kollegen d. Steinnormoptikfabrik Scherbel & Michaelsohn
Beerdigung: Freitag, 7. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Dienstag, den 4. Januar 1927, früh 5^{1/2} Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, ...

Bruno Adler

im Alter von 21 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes

Stadttheater

Donnerstag 8 Uhr:

„Rigoletto“

Freitag 8 Uhr:

„Louise“

Sonnabend 3 Uhr:

„Die Buppenmutter“

Abends 7 Uhr:

„Die Zirkusprinzessin“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Zirkusprinzessin“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

„Die Försterbräutigam“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Lieblich

Theater
Telefon: Stephan 34646

Täglich 8 Uhr

Der ganz außergewöhnl. Sensations-Erfolg des Januar-Programms.

Jährliche Eintrittspreise von 50 Pf. an.

Jeden Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr

Familien- und Kinder-Vorstellung.

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen



Arbeiter, Angestellte, Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Auskunft erteilt bzw. Material zusammengestellt kostenfrei d. Rechnungsst. in unserer Zentrale Teichstraße 27, Fernruf Df. 600, 9157, 9158, erfolgt Lieferung frei Haus

Schauspielhaus.

Operettenbühne.
Tel. Stephan 36366.

Täglich 8 Uhr:

Der große Operettenerfolg

Wiederauftret. Anny Ahlers

„Die Zirkusprinzessin“

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

In neuer Vorber. u. Umst.

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Die Försterbräutigam

Sonntag, nachm. 3^{1/2} Uhr:

Circus Circus

Täglich 8 Uhr:

Internationale Sensationen

Sonnt. 2x3^{1/2} und 8 Uhr

Velodrom, Circus-Programm.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Nachm. halbe Preise.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Januar.

1927 im Horoskop.

Die Prophezeiungen der Astrologen.

Das wird ein langweiliges, ereignisreiches Jahr werden, das Jahr 1927, wenn es nach den Prophezeiungen der Astrologen geht. Zwar für 1926 haben sie nicht allzuviel Glück gehabt mit den Voraussagen. Das große Attentat, das im Februar und April 1926 auf eine politische Persönlichkeit von gut mittelgroßer Körperkonstitution und widerstandsfähiger Gesundheit, starkem Knochenbau und Reizung zur Korpuslenz, scharf gezeichneten Linien an der Stirn und um dem Mund, nicht

„Grüßchen am Rinn“

raffindien sollte, hat sich verschentlich in anderen Monaten und noch verheerlicher in Italien ereignet. — und auch da wohen manche Leute es nicht für ganz ernsthaft halten. Auch die „zerstörernde Wirkung Frankreichs“ gegenüber Deutschland ist nach dem Thron und Genf nicht gerade glücklich in die Erscheinung getreten.

Nur das mit dem „wechselnden Wetter“, das scheint zu stimmen. Es war teils trocken, teils stürmisch, ganz wie Maximilian Bauer, der Astrologe, es für die Monate Oktober bis Dezember 1926 vorausgesagt hat. Auch „scharfe öffentliche Presse-Diskussionen“ hat es in der Tat gegeben. Man sieht, die Astrologen haben immer recht.

wenn sie sich auf Allgemeinheiten wie wechselnde Wetter und heftige politische Agitation in ihren Prophezeiungen beschränken. Aber wenn es politisch wird, so wirds meist falsch, wie die „aufblühenden Revolutionsflammen“ zeigen, die uns für den Dezember 1926 vorausgesagt waren. Von der Revolution in Spanien, dem Sterben des Kaisers in Japan und der tadschischen Erkrankung des Königs von Rumänien haben die Sterne wohlweislich vorher nichts verraten.

Und nun fürs Jahr 1927 sieht es sehr dürrig aus. „Regierungskrisen und Ministerwechsel“, aber die haben wir alle Jahre, dazu braucht nicht des revolutionären Uranus. Es handelt sich wieder einmal um „Sein oder Nichtsein der Republik“ und endet mit einem „Wahltag der republikanischen Parteien“. Dann Reichstagsauflösung oder vorläufiger Ausgedrückt: Parlamentsauflösungen und allgemeine Wahlen sieht Herr Maximilian Bauer ganz sicher voraus. Viele öffentliche Skandale, Schiffskatastrophen, epidemische Krankheiten, der Marx im vernichtenden Zeichen, das bedeutet für Handel und Wandel eine kritische Periode. Das ist alles, was die geheimnisvollen Astrologen uns für das Jahr 1927 zu sagen vermögen. Da scheinen uns die

Prophezeiungen für das Jahr 2000

schon interessanter und genauer, wenn auch schwerer kontrollierbar. In Mitte des 30. Jahrhunderts kommt nämlich die gewaltige Elementarkatastrophe. Millionen von Menschen gehen unter. Landzusammenbruch in Spanien, Italien und Nordfrankreich. Dreimal versinkt Land und dreimal steigt neues Land aus den Tiefen des Atlantischen Ozeans auf. England ist nicht mehr erkennbar. Eine Wüsterwanderung nach dem Süden und Osten Europas setzt ein. Und dann nach

3000 Jahren die Elemente dem armen Europa und verschlingen es ganz und gar.

Das ist immerhin etwas deutlicher als das wechselnde Wetter — bald stürmisch, bald trocken, aber wie gesagt, wir werden Herrn Maximilian Bauer nicht mehr erzählen können, ob es stimmt hat.

Und 1927: in Oesterreich gibt es politische Wirren, Streiks und Unruhen, in Frankreich „Nawirungen der Ereignisse des letzten Jahres (!)“. (Sie sind sehr gewichtig, die Sterne, oder höchstens nur die Astrologen sein?) Aber in Rußland, da kommen politische Unruhen,

Beitrag und Erdbeben.

England hat nur ein paar politische Morde in Indien zu verzeichnen, kleinere Unruhen und ein bißchen Aufruhr. Erdbeben irgendwo und eine Wasserkatastrophe in Schottland. Herr Mussolini haben die Sterne vergessen im Jahre 1927. „Tragisch und gewalttätig wird das Ende eines strengen Herren sein“. Aber wann; davon sieht nichts in den Sternen. Und statt der öffentlichen Krawalle und Protestversammlungen gegen die Regierung, die für 1926 angekündigt waren, hat das erst für 1930 vorausgesagte Attentat stattgefunden. In Spanien gibts Maulkriechen, in Portugal Unruhen im Volke, in der Fischschifferei Regierungsveränderungen, in Polen auch, in Ungarn große Diebstähle, in Holland die Außenhandelsveränderung des deutschen Kaisers, für ihn ein entscheidendes Jahr. Uebrigens wird Holland noch einmal unter Deutschland kommen, und zwar nach dem Jahre 2100.

Unruhen passiert nichts 1927. Die Sterne verraten nicht, was in China wird, nicht, ob Mussolini Korsika kriegen wird und ob Heineke Außenminister wird. Aber kritisch ist das Jahr 1927 für Oxford, Brüssel, Moskau, Warschau, Strandenburg, Konstanz, Augsburg, Posen, Stettin und Mexiko und in Newyork gibts eine große Wasserkatastrophe

und in Nordamerika stirbt eine politische Persönlichkeit. Wie gesagt, ein langweiliges Jahr, das Jahr 1927.

Berichte von Weihnachtstetern

Und uns noch aus den Distrikten 31 und 39 zugegangen. Wir können nur noch mitteilen, daß beide Feste sehr schön verlaufen sind, und daß die Genossen allen Spendern, die mitgeholfen haben, die Armen zu bedanken, herzlich für ihre Gaben danken.

Einen seltsamen Neujahrsgruß

erhielt dieser Tage ein hiesiger städtischer Arbeiter, der im Mai 1926 aus der Kirche ausgetreten ist. Er muß zwar, die Kirchensteuer bis zum Ende des Steuerjahres, dem 31. März 1927, weiterzahlen, aber das genügt der Kirche nicht. Durch Anweisung der Pfändung will man von ihm noch 11 80 Mark rückständige Steuern aus den Jahren 1924 und 1925 haben. Dazu soll er 60 Pfennig Mahnkosten und 60 Pfennige Kosten der Zwangsvollstreckung, zusammen also 13 Mark, zahlen. Vorläufig wird er gegen die Zwangsvollstreckung Einspruch erheben.

Der Kampf um die Fredericus-Marke.

Republikaner laufen grundsätzlich keine der neuen monarchistischen Zehn-Pfennig-Briefmarken mit dem Kopfe des „Fredericus-Reg“, sondern benutzen dafür zwei Fünf-Pfennig-Marken. Nun sind in letzter Zeit verschiedene republikanische Verbände dazu übergegangen, die Annahme von Briefen, die mit einer Fredericus-Marke frankiert sind, zu verweigern. Bisher hat man dazu Aufklebezettel mit folgendem Text benutzt:

Annahme verweigert,

da mit der „Fredericus-Marke“ frankiert, als Protest gegen die monarchistisch-militaristische Propaganda der Deutschen Reichspost.

Durch diese Annahmeverweigerung ist die Postbehörde in Hannover, wo dieses Rezept zuerst angewandt wurde, in nicht geringer Verlegenheit geraten. Die Oberpostdirektion Hannover erließ deshalb eine Erklärung, wonach sie die Rücksendung solcher Briefe verweigert, weil die Aufklebezettel eine Beleidigung des Reichspostministers und einen Verstoß gegen das Republi-

gesetz darstellen. Die betreffenden Briefschaften sollen deshalb einfach gelagert werden.

Es dürfte sich empfehlen, das Verfahren der republikanischen Kreise in Hannover auch anderwärts anzuwenden und dabei nur die ersten beiden Zeilen des Aufklebezettels zu verwenden. Die Post muß die verweigerten Sendungen dann dem Absender zurückgeben, der so mit der Nase darauf gestoßen wird, daß er nicht auch die Republikaner beleidigen darf, wenn dies der Reichspostminister versucht.

Steuerkalender für Januar 1927.

- 5. Januar: Steuerabzug vom Arbeitslohn der vom 21. bis 31. Dezember 1926 einbehaltenen Lohnbeträge. Keine Schonfrist.
10. Januar: Voranmeldungen und Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer. Nur Landwirte bleiben aus. Die Vorauszahlung beträgt ein Viertel der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerlast. Eine Schonfrist gibt es nicht mehr, da die Schonfristen aufgehoben sind.
10. Januar: Zahlung der Körperschaftsteuer.
15. Januar: Voranmeldung und Vorauszahlung der Umsatzsteuer seitens der Monatszahl für Dezember 1926, seitens der Vierteljahreszahler für das letzte Vierteljahr 1926. Keine Schonfrist.
15. Januar: Steuerabzug vom Arbeitslohn der vom 1. bis 10. Januar einbehaltenen Lohnbeträge. Keine Schonfrist.
17. Januar: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag sowie Hauszinssteuer.
15. Januar: Lohnsummensteuer in den Bezirken in denen sie besteht. Dagegen ist Gewerbesteuer nicht zu zahlen, vielmehr erst im Februar fällig.
25. Januar: Steuerabzug vom Arbeitslohn der vom 11. bis 20. Januar einbehaltenen Beträge. Keine Schonfrist.

Was Frauen und Mädchen interessieren dürfte!

Genossin

Gertrud Hanna-Berlin

M. b. L.

spricht Freitag, den 7. Januar, abends 7.30 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses über das Thema:

Erwerbsarbeit, Schwangerschaft und Frauenleid!

Da die Genossin Hanna zugleich eine gute Rednerin und Sachkennerin auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ist, ist guter Besuch zu erwarten. Der Eintritt ist frei! Bringt Frauen als Gäste mit! Es ladet ein Ausschuss für Arbeiter-Wohlfahrt.

Ein Sechzigjähriger.

Seinen sechzigjährigen Geburtstag feiert heute der Genosse Hermann Wittke im Erholungsheim der Breslauer Ortskrankenkasse in Zimpel. Er zählt zu den alten Mitkämpfern der Breslauer Partei- und Gewerkschaftsbewegung, seine Hauptverdienste aber liegen auf dem Gebiete der Krankenpflege. Ehemals Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter, half er der Verschmelzung die Wege ebnen und ist heute noch Ausschussvorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Ebenso ist er im Vorstande des Provinzialverbandes Schlesiens im Hauptverband der Ortskrankenkassen. Nach der Revolution wurde Genosse Wittke von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit zum Stadtrat gewählt und als solcher hatte er in der üblen Inflationszeit die Straßenbahn unter sich. Der schlechte Ausfall der letzten Stadtverordnetenwahlen führte dann auch zu einer Verminderung der sozialdemokratischen Magistratsfraktion, so daß Genosse Wittke trotz seiner Verdienste von diesem Amt scheiden mußte. Der Jubilar ist für sein Alter noch außerordentlich rüstig, und so dürfen wir hoffen, daß er der Breslauer Arbeiterbewegung noch auf Jahrzehnte erhalten bleibt und ihr zu dienen vermag.

Von einem Elternbeiratsvorsitzenden.

Man schreibt uns: Der Elternbeirat der katholischen Volksschule 5 in der Reichstraße, setzt sich aus 7 Mitgliedern der Bekenntnisliste und 2 der Liste Schulfürsorge zusammen. Hier soll etwas von dem, was unsere Genossen in diesem konfessionellen Elternbeirat erlebt haben, berichtet werden.

Den Vorsitz führt der Korb-, Bürsten- und Spielwarenhändler Josef Wardenga, Gräbischener Straße 69. Der Sprache nach ist er polnischer Herkunft, gebildet ist aber als teutsch-nationaler Mann. Uns Kapitalist gehört er (aus Geschäftsrückgründen) sogar dem katholischen Arbeiterverein an und ist darauf bedacht, als Vorsitzender des Elternbeirats mit der Schule Geschäfte zu machen. An Elternabenden ist sein halber Laden zur Verlosung bei Pfortner, und die Ueberschüsse aus den Veranstaltungen der Schule zum Besten der armen Kinder bei Schulwanderungen will er gegen alles Recht in seine Ladenkasse leiten. Wardenga hat nämlich in der Inflationszeit für ein paar Pfennige einen Posten Kriegsmaschinen gekauft. Und nun, da er sie sonst nicht los wird, bedrängt er die Lehrer, die Ueberschüsse — ein paar hundert Mark — nicht für die unbemittelten Kinder, sondern zum Ankauf seiner Nähmaschinen zu verwenden. Da die fortschrittlich gesinnte Lehrerschaft sich einmütig dagegen wehrt, kämpft er gegen die Schule mit den hinterhältigsten Mitteln. So berief er eine Elternversammlung, lud aber das Lehrerkollegium nicht ein, ließ sich nichts sagende, jeder Grundlage entbehrende, aber bestellte Beschwerden gegen einzelne Lehrkräfte vorbringen und legte hinter dem Rücken der Lehrer gegen den Unterricht im Freien und gegen die Schulwanderungen los, namentlich gegen die dreitägige Wanderung ins Gullengebirge.

Und der Erfolg? Elternbeiratsmitglieder (Bekenntnisliste) tadeln Wardenga wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse, ein Vorstandsmittglied (Bekenntnisliste) legt sein Amt wegen der hinterhältigen Kampfweise des W. nieder, ein Vater bezeichnet entrüstet das Verhalten des W. als „gemein und schamlos“ und die Mütter raunen sich zu: „Seins Tochter die und wohlgenährt, mit roten Lippen, konnte W. vier Wochen ins

Gebirge schicken, unseren Kindern gönnt er nicht die frische Luft ein paar Tage.“

Arbeiter der Gräbischener Vorstadt, sehet euch den Freund eurer Kinder an! Er schickt keine Tochter vier Wochen ins Gebirge und bewirft die Lehrer der Arbeiterkinder mit Schmutz, weil sie das Geld, das für eure Kinder bestimmt war, auch für eure Kinder verwenden und es nicht in seine Taschen leiten.

Die Schuld der Totenkopfreiter festgesetzt.

Zu den Vorfällen in der Kaiser-Wilhelm-Straße schreibt uns der Polizeipräsident:

Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über den Vorfall in der Kaiser-Wilhelm-Straße in der Nacht vom 3. zum 4. Januar haben ergeben, daß es sich nicht um gegenseitige Reuegeleien gehandelt hat, sondern um einen durch nichts begründeten einseitigen Ueberfall von Mitgliedern des Bundes „Totenkopf“ auf friedliche Bürger. Die Angelegenheit wird in Kürze der Staatsanwaltschaft übergeben.

Um derartige bedauerliche Vorfälle möglichst zu vermeiden, geschieht seitens der Polizei alles, was in ihren Kräften steht. Die vorbeugende und helfende Tätigkeit der Polizei findet aber ihre Grenzen in der Zahl der zur Verfügung stehenden Beamten. Das Kommando wird für die Folgezeit einen verstärkten Schutz durch Radfahrpatrouillen anordnen. Die Beamten sind erneut angewiesen, bei ähnlichen Anlässen mit aller Schärfe gegen die Friedensbrecher vorzugehen.

„Die Angelegenheit wird in Kürze der Staatsanwaltschaft übergeben“. Der Polizeipräsident hat gut, so zu schreiben, aber was macht dann der Staatsanwalt und was machen die Gerichte? Mühte doch neulich der Polizeipräsident sogar erleben, daß einer seiner Beamten von Breslauer Richtern zu Gefängnis verurteilt wurde, weil er solchem Rowdytum nicht den nötigen Respekt erwiesen hätte. Und Magiera wurde doch auch freigesprochen. Die von den Breslauer Richtern und Staatsanwälten meißelgefessene „Schlesische Zeitung“ weist ja auch sofort darauf hin, wie der Fall zu behandeln ist. Sie schrieb bereits gestern:

„Nach alledem stellt sich der Vorfall viel harmloser dar, als etwa die mannigfachen Ausschreitungen, die in Breslau vor an den Ueberfall von Reichsbannerleuten auf den schwertkriegsbelähigten einarmigen Stahlschmelzmann Magiera erinnert.“

Es ist zwar eine Frechheit, so etwas zu schreiben, aber diese Kreise sind nun eben frech, und machen damit auf Richter und Staatsanwälte den besten Eindruck. Trotz der Feststellungen des Polizeipräsidenten sehen wir deshalb auch die diesmaligen Friedensbrecher noch nicht hinter Schloß und Riegel.

Die Grippe.

nimmt in Breslau noch immer zu. Täglich laufen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse etwa 300 Krankmeldungen ein. Am 4. Januar waren es sogar 384 Krankmeldungen. Ein Besuch auf den Friedhöfen lehrt auch, daß die Zahl der Beerdigungen zur Zeit recht groß ist.

Arbeitsgemeinschaft Birnbaum.

Sonntags abends, den 8. Januar, abends 8 Uhr, Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, Anfang des Kurses: „Aufgaben und Aufbau der Sozialistischen Internationale“.

Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion Breslau, Malteerstraße 13, hat seit Jahren eine Musterjammlung von Geweben, die während der Eisenbahnbeförderung durch Diebstahl in Verlust geraten sind. Auch von sonstigen hochwertigen Sendungen, z. B. Spirituosen, Tabak- und Leberwaren, Delikatessen usw., sind Muster oder genaue Beschreibungen der verloren gegangenen Waren vorhanden. Es handelt sich in allen Fällen um Sendungen, die den Reichsbahndirektionsbezirk Breslau während ihrer Eisenbahnbeförderung berührt haben. In gleicher Weise werden Muster von beschlagnahmten, sichergestellten oder sonstwie aufgefundenen Waren obiger Gattungen aufbewahrt. Durch diese Einrichtung soll die Hingehörigkeit beschlagnahmter Waren festgestellt werden. Die Güter-, Gült- und Gepäckabfertigungen sind angewiesen, von den Besendern oder Empfängern derartiger Sendungen Muster zu erhitzen. Da erfahrungsgemäß sehr oft die bei der Eisenbahn abhanden gekommenen Gewebe und dergleichen durch unredliche Händler und so weiter zum Verkauf gelangen, werden die Kriminalpolizeistellen und Landjägerstellen ersucht, bei Beschlagnahme derartiger hochwertiger Waren mit unserer Fahndungsstelle in Verbindung zu treten. Auch Industrie und Handel werden zweckmäßigerweise gut tun, Muster oder Beschreibungen derartiger verloren gegangener oder herabgehörter Sendungen der nächsten Eisenbahnbeförderung zur Weiterleitung an die Fahndungsstelle zu übergeben.

Die unlängst in der Presse veröffentlichte Mitteilung, daß in Köln eine Zentralkasse zur Bestimmung beschlagnahmter Güter und Sendungen für den ganzen Bereich der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eingerichtet worden ist, trifft in dieser Form nicht zu. Auch die in Köln errichtete Stelle trägt nur örtlichen Charakter.

Ringkämpfe im Viktoriatheater.

Vor fast überfülltem Hause kämpften am Mittwoch Stolzenwald-Soargebiet und Solarsch-Jugoslawien. Letzterer unterlag nach 17 Minuten 10 Sekunden. Kunst war der Neger Thompson nach 1 Stunde 7 Minuten Gesamtkampfzeit auf beide Schultern. Der spannendste Kampf, das Entscheidungskampf zwischen Binęski-Polen und Kawan-Wien, begann um 10 Uhr 15 Minuten. Es stand von vorherherin fest, daß bis 11 Uhr keine Entscheidung zu erzielen sein würde, weshalb es wohl besser gewesen wäre, diesen Kampf als erstes Treffen anzusehen.

Kawan wurde nach anfänglichem Geplänkel schließlich im Ringen von Binęski erlegt und in einem gut sitzenden Doppelnissen festgehalten. Der gefährdeten Griff des Polen zu sprengen, gelang Kawan nicht, trotzdem er hierzu verzweifelte Anstrengungen machte. Die Lösung des Griffes kam nur zustande, weil Kawan bis über den Rand der Matte heraustrat. Inzwischen rückte die Polizeikräfte heran und ein Weiterkämpfen wurde von einem Schupoameanten auf der Bühne inhibiert. Schon jetzt läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß Binęski im Endkampf auch den Weltmeister Kawan durch Doppelnissen besiegen dürfte, da der Pole in der Tat ein phänomenaler Ringler ist.

Wasserhand

Table with 3 columns: Name, Amount, and Date. Includes entries for Kawan (Unter-Bege), Döppelhand, and others.

Seite abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3:
 Sitzung des erweiterten Parteivorstandes.
 Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Direkt 8. Eine Funktionärversammlung ist Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, bei Buch, Patschki auch Ausgabe der neuen Beitragsmarken. Es ist unbedingt Pflicht, pünktlich zu erscheinen.

Direkt 12. Die für heute angelegte Funktionärversammlung wird auf Sonnabend abend 7 Uhr verschoben. Um 8 Uhr treffen sich sämtliche Gewerkschaften und Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Zusammenkommen.

Direkt 26. Freitag, abends 8 Uhr, Marktanstalt bei Samet, gleichzeitig erscheinen auch die Rentieren.

Direkt 27. Die neuen Beitragsmarken sind heute Donnerstag von 5-7 Uhr nachmittags in der Wohnung des Direktors abholen.

Direkt 32. Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet eine wichtige Funktionärversammlung bei Les statt.

Direkt 40. Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr im Distriktsklub Sitzung aller Funktionäre. Auch findet die Ausgabe der neuen Marken statt. Es wird dringend ersucht, daß jeder einzelne pünktlich erscheint.

Freiwilliges Jugendkassen.
 Die Obliegenheiten der säumigen Jugendkassen müssen bis heute abend angehen, an welchem Tage sie den Schulraum benützen wollen. Spätere Meldungen können kein Anrecht.

Heimkommission. Heute abend 7 Uhr Sitzung. Pünktlich erscheinen.

Freiwilliges Jugendkassen. Wir beginnen heute wieder mit unseren Schulungsarbeiten. Das Thema ist „Jugend und Wirtschaft“. Jugendkassen aller Gewerkschaftsgruppen sind herzlich eingeladen. Am Sonntag haben wir einen Vortrag und Karl-Deppmannabend. Beginn 8 Uhr. Das Heim ist ab 6 1/2 Uhr geöffnet.

Metallarbeiterjugend. Alle arbeitslosen Jugendkassen treffen sich Freitag vormittags 11 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus. Bringt noch Bekannte mit, die uns helfen können.

Ballstanzgruppe. In einer wichtigen Vorbereitungsbesprechung kommen alle interessierten Teilnehmerinnen und Kollegen Sonnabend im Heim zusammen. (7 1/2 Uhr.) Wir wollen nach Klärung einiger wichtiger Fragen unsere Übungsabende wieder aufnehmen.

Schulungsgruppe. Sonnabend, abends 8 Uhr, haben wir im Heim (Gewerkschaftshaus) unsere Mittwochsabende. Wir haben einen Bildvortrag und die Neuwahl der Delegierten fürs Jugendkassen. Jungbuchdruck. erscheint zahlreich!

Sozialistische Arbeiterjugend
Chor und Sprechchor. Heute abend 8 Uhr Probe im Seeligen-Geist-Gymnasium. Alles muß erscheinen.

S.A.S. Heute abend 7.45 Uhr Auftreten in der Turnhalle Pöschelstraße. Spielkarte mit Instrumenten. Wichtige Bekanntmachungen. Tuzmarth.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, 8 Uhr, gelangt Berdis „Kriegslied“ zur Aufführung. Als Gilda agitiert Klara Kwarin vom Landestheater Prag auf Antikunst. Inszenierung: Fritz Lurann; musikalische Leitung: Oskar Preis. Als zweite Abonnementvorstellung der Serie C Freitag, 8 Uhr: „König Lear“, abends 8 Uhr: „Der Woyzeck“, abends 7 Uhr: „Die Fledermaus“.

Bobtheater. Donnerstag und Freitag, letzte Aufführungen von „Lohentrotz“, in der Neubearbeitung Paul Bernays mit dem Schloßischen Landesorchester.

Thalia-Theater. Heute und morgen, letzte Aufführungen von „Der Froschkönig“, zu kleinen Preisen.

Schaubühne. Heute, Donnerstag, und die folgenden Tage „Die Fledermaus“ in Szene. Sonntag nachmittags gelangt Georg Karnos neu bearbeitete Operette „Die Fledermaus“ zur Aufführung.

Pöschel-Theater. Das neue Programm mit seinen zehn Varietè-Attraktionen, unter denen Max's tollkühner Kampf mit den wildesten Berber-Löwen das größte Aussehen erregt, muß jeder erleben haben.

Indianer im Zirkus Bulsch. Am vergangenen Sonntag nachmittags gewährte der Zirkus Bulsch den Anblick eines Indianerlegers. Von allen Wäldern leuchtete bunter frischerer Kopf- schmuck der Köpfe. Diese Köpfe entwarpen sich dann bei näherer Betrachtung als viele hundert Vertreter der Breslauer Kinderwelt, als blonde Buben und Mädels, die lauschend den Nachmittagspielen miterlebten. Der Indianer-Kopfschmuck war von der Direktion Bulsch für sämtliche kleinen Besucher gefertigt worden. Auch für den kommenden Sonntag nachmittags sind derartige Heberzeugungen vorgesehen. Die kleinen Weiße (von 25 bis 2 Markt) ermöglichen allen Breslauer Jungens und Mädels den Besuch des beliebten Zirkusunternehmens.

Gingelant.

Unter dieser Rubrik erscheinend wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Bemerkung übernehmen.

Die Vergessenen.
 Weibnacht ist die Zeit der Gaben. Sogar die Invalidenversicherung, die doch sonst nicht so ist, hat lechzt Markt für jede Rente spendiert. Nur die Reichsbahnverwaltung rührte sich nicht. Für die Beamtenpensionäre war zwar noch Geld da für die Arbeiter, Sozialisten aber reichte es nicht mehr. Wenn man wenigstens dem Beamten der Reichsbahnverwaltung solches wäre und auf jede Rente lechzt Markt ausgesetzt hätte. Aber es ist kein Geld für Arbeitstüchtigen vorhanden. Man greife nur einige Invaliden heraus, um der Reichsbahnverwaltung zu zeigen, wo Geld herzu liegen. Wir möchten es schon auflesen, gebt uns nur die Straße frei. Also, Proh. Neulich, Reichsbahnverwaltung!

Bereinstalender.

Marxistische Arbeitergemeinschaft. Heute abend 8 Uhr irdisch Genosse Hansen über „Marxismus und Aufstieg“ in dem Zeichen- laal der Seeligenstraße, 26/28. Gäste willkommen.

Wissenschaft und Religion
 in ihrer gegenwärtigen Auseinandersetzung.

Ueber das in der Zeit sehr aktuelle Thema „Wissenschaft und Religion in ihrer gegenwärtigen Auseinandersetzung“ sprach Genosse Professor Dr. W. A. d. G. am abend im Saale der Konfessionellen Gemeinde. Er ging davon aus, daß die moderne Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaft, indem sie ihre selbständige Eigenständigkeit gegen die Bevormundung der Theologie durchgesetzt habe, den religiösen Offenbarungsglauben durch den Begriff unerbittlicher Naturgesetzmäßigkeit und durch historische Kritik zurückgeführt habe. Das Wunder werde nicht mehr als Entwicklungs- faktor anerkannt.

Zugleich befreite sich die Ethik von allen Bindungen an Logik und Strafe. Es sei Kant's Tat, die menschliche Sittlichkeit auf das Prinzip der selbstverantwortlichen Entscheidung des menschlichen Einzelgewissens gestellt zu haben.

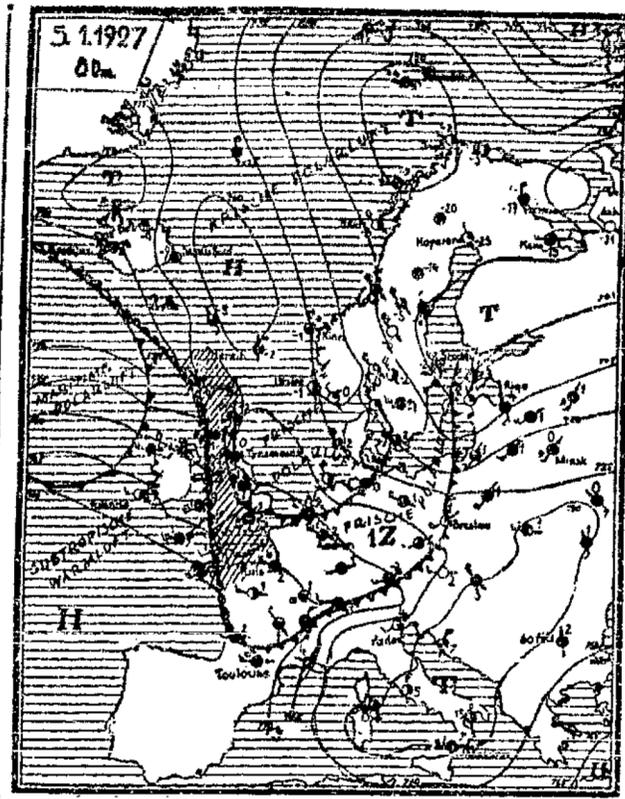
Die Offenbarungsreligion werde durch den Sozialismus, wie überhaupt durch jede Massenbewegung, großer Teile ihres Herrschaftsgebietes beraubt, da die religiösen Organisationen im Rechtskampf um ihre Selbsterhaltung sich mit den herrschenden gesellschaftlichen Mächten verbinden, deren Weltanschauung und Lebensstills im geraden Gegensatz zur Lehre der Offenbarungsreligion stehe. Der Mißbrauch des religiösen

und philosophischen Idealismus in der Form der Ideologie zu selbsttätigen Zwecken werde durchschaut.

Trotz alledem könne und dürfe die Wissenschaft nie den Anspruch erheben, selbst Religion oder Religions- ersatz in der Form einer „naturwissenschaftlichen Religion“ aus sich heraus zu geben. Die Aufgabe der Wissenschaft sei Erkenntnis der Diesseitigkeit, die mit den irrationalen Beirien der Religion in gar keine Berührung komme. Der Mensch habe außer Verstandeskräften noch leistung irrationale Willens- und Gefühlskräfte.

Da der Offenbarungsglaube heutzutage wohl kaum noch einer Menschen befriedigen könne, was bleibe für eine Form der Religiosität, die die kämpfenden Massen der Arbeiterklasse befriedigen könne? In der Beziehung zum Irrationalen könne eine freie, subjektive Religiosität, etwa im Sinne Goethes, die weit entfernt von jeder konfessionell-dogmatischen Religion sei, das bestehende religiöse Bedürfnis der Menschen befriedigen. Die religiöse Einstellung müsse auch im Sozialismus Privatliche bleiben und lasse sich durchaus mit proletarischem Kampfs- geist vereinen.

In der Distanz trat der Sprecher der Konfessionellen Gemeinde, Genosse Kurt Kramer, als Gegner der von Genossen Marx vorgetragenen Anschauungen auf. Es gebe keinen Dualismus zwischen Irrationalität und Rationalität; die stetig fort- schreitende Wissenschaft werde die heute noch irrationalen Probleme



Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
 Hinter der Störung 10 ist in Schließen frische Polarluft eingebrochen. Verbreitet trat am Mittwoch Schneefall auf. Ueber den britischen Inseln ist bereits eine neue Störung 2A erschienen, die bei ihrer weiteren Ostwärtsbewegung auch die Subalpinen erreichen und zunächst Schneefälle hervorzurufen dürfte. Aussichten für das schlesische Flachland: Westwind, vorwiegend trübe, Schneefall, zunächst leichter Frost. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: Zeitweise aufsteigender West, Schneefälle, mäßiger Frost. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: Stärkerer West, vorwiegend trübe, stellenweise kräftige Schneefälle, etwas milde.

Das Wetter im Gebirge.

Schneekappe: Schneehöhe 83 Zentimeter, Neuschnee 5 Zentimeter; Schleiherhaus und Brinz-Heinrichs- Baude: Schneehöhe, 301-325, Neuschnee 6-10 Zentimeter. Schneebeschaffenheit: etwas verweht, Sportmöglichkeit: Ski und Rodel sehr gut; Wiesenhäude: 301-325, 3-5, etwas verweht, für alle Sportarten ausgezeichnet; Hainpöschel: 161-170, 6-10, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet; Schlingebäude: 161-170, 6-10, Schneedecke gleichmäßig, Ski und Rodel sehr gut; Leimannsbäude: 20, 3-5, Schneedecke gleichmäßig, Ski und Rodel sehr gut; Krummhübel: 3-5, Schneedecke gleichmäßig, Ski und Rodel sehr gut; Brückenberg: 10, 3-5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut; Schneegrubenbäude: 181-190, 6-10, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet; Reisträger: Neue Schleiße und Alte Schleiße Bäude: 171-180, 6-10, Pulverschnee, für alle Sportarten ausgezeichnet; Schreiberhaus: 31-35, 3-5, stark verweht, Ski und Rodel sehr gut; Heufuderbäude: 151-160, 6-10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Bad Flinsberg: 15, 3-5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut; Gläker Schneeburg (Schweizer): 131-140, 3-5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Gläker Schneeberg (Lichtensteinhaus): 76-80, 3-5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Bad Lendeb: 5, 4, Rodel gut; Karpenstein: 12, 2, Pulverschnee, Ski und Rodel mäßig; Grünwald: 76-80, 3-5, Schneedecke gleichmäßig, Ski und Rodel sehr gut; Bad Reinerz: 30, 11-15, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut; Hohe Eule: 46-50, 3-5, etwas verweht, Ski und Rodel gut; Silberberg: 7, 2, Schneedecke gleichmäßig, Ski und Rodel in höheren Lagen gut; Josten: 11, 1, Rodel bis zur Lampadelei Erde und Apothekerbäude; Görberdorf: 20, 5, geföhnt, Ski und Rodel gut.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur:			Wetter:	Wind:	Nieder- schlag mm:	Sonne über cm:
	heut:	Maxim. seit 24 Stunden:	Min.:				
6.1.27.							
Grünberg	-1	3	-1	bedeckt	WS 3	0.1	1
Görlitz	-1	2	-2		WS 3	0.9	
Lobitz, St. Jäger							
Van Hainberg	-4	-1	-4	wolfig	WS 1		15
Deutscherbäude	-7	-4	-8		WS 1		151-160
Deutscherbäume	-5	-2	-5		WS 1		30-35
K. Schlet Bäude	-8	-7	-5	heiter	WS 1		173-183
Reisträgerbäude	-10	-6	-10	bedeckt	WS 1		170-183
Schneepöschel	-12	-4	-1	bedeckt	WS 3	4	33
Diesdorf	1	2	-2	bedeckt	WS 3	gering	
Krietern	-0	3	-1	bedeckt	WS 3	0.1	
Josten	-4	-1	-4	bedeckt	WS 2		11
Krietern							
Krietern	-3	1	-5	bedeckt	WS 2	5	6
Reizung	-4	0	-1	wolfig	WS 1		20
Landeb	-5	2	-5	Schnee	S 1		5
Reichenstein	-2	0	-2	bedeckt	SWS 3	1	1
Reichenstein	-1	2	-2		WS 1	0.3	
Reiche	-1	3	-2		WS 1	0.5	
Reichen	-4	5	-1	Schnee	WS 2	0.1	
Kernberg	2	6	1	bedeckt	WS 1	gering	
Gleichen	-1	2	1		WS 1		4
Reichen	-2	4	-3	wolfig	WS 4	0.9	

nach und nach rational auflösen. Jede metaphysische Einstellung sei „Gift für die Masse“.

Im Schlußwort wies Genosse Professor Marx darauf hin, daß die vom Freimertum so energisch abgelehnte „metaphysische Haltung“ doch auch in der Berechnung eines weltanschaulichen Dualismus seitens der Freimert selbst liege, für die keine rationalen Gründe beständen.

Eröffnung einer Fischbraterei.

Um den Seefischverbrauch zu fördern, hat die Direktion der Seefischerei in Wejermünde in Breslau auf dem Büchlerplatz 6/7 eine Fischbraterei eingerichtet, in der Seefische in jeder gewünschten Menge gebacken, abgegeben werden. Solche Fischbratereien sind eine Erfindung der Engländer. Dort haben die Fischbratereien im Laufe der Jahre einen riesigen Aufschwung genommen. Werden doch in England, in 30 000 Fischbratereien, alljährlich für etwa eine Milliarde Seefische verarbeitet. Wir in Deutschland stehen mit unserem Verbrauch weit hinter diesen Zahlen zurück, haben wir doch bisher nur 200 Bratereien in ganz Deutschland. Das ist recht bedauerlich, da der Seefisch nicht nur billig, sondern auch sehr nahrhaft ist. Die Hausfrauen sollten sich von einem alten Vorurteil freimachen und mehr als bisher zum Seefisch greifen. Ganz besonders appetitlich aber wird dieser Fisch in den Bratereien hergestellt. Zur Verwendung kommen hier insbesondere Seelachs, Kabeljau und Rotbarsch. Nachdem die Fische geföhnt, geschäutet und enträutet wurden, wird das reine Fischfleisch geföhnt, in einem Teig aus Weizenmehl paniert und dann 10 Minuten in siedendem Fett gebacken. Durch diese Art des Backens bleibt aller Saft im Fisch und der Eiweißgehalt wird völlig erhalten, wodurch der Fisch besonders nahrhaft wird und auch in hohem Maße sättigt. Einen besonders hohen Eiweißgehalt hat der Rotbarsch. Die Hausfrauen sollten Seefische, besonders im Sommer, recht viel auf den Tisch bringen, da sie während dieser Jahreszeit sehr fett sind.

Wie pflegt die Seefische auf dem Transport nach den verschiedenen Großstädten behandelt werden, wurde durch einen Film demonstriert, der aus Anlaß der Eröffnung am Mittwoch nachmittags vorgeführt und durch einen Vortrag des Korvettenkapitans a. D. Reicherz-Facildes erläutert wurde. Danach erreichen die in Wejermünde, dem größten deutschen Seefischhafen, abgepackten Fische schon in zwei Tagen Breslau. Wie der Redner betonte, wäre es dringend zu wünschen, daß sich der Seefischverbrauch hebt, denn dann würde bald durch die regelmäßige Belieferung eine erhebliche Verbilligung eintreten. Wenn der fertige Fisch zu einem mäßigen Preise abgegeben wird, so dürfte er bald einen größeren Absatz als bisher finden. Mit Gefäßen abgeholt und gut verpackt, kann er zu Hause sofort warm gegessen werden; auch würde er sich für Massenmahlzeiten eignen.

Bei einem Einbruch erschossen.

Am Mittwoch stand der 22 Jahre alte Haushälter, frühere Fährgejüngling, Karl Nawrat, vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Mittäterschaft an einem Einbruch diebtahl zu verantworten. Wie noch erinnerrlich, wurde Anfang Juni im Lokal „Zum Blauen Adler“ auf der Schuhbrücke 57 ein Einbruch verübt, wobei der eine Einbrecher, der 26 Jahre alte Maschinenbauer Willi Marganus, durch Revolverkugeln getötet wurde. Der Wirt des Lokals war gegen vier Uhr morgens durch die Alarmvorrichtung geweckt worden. In Begleitung seines Sohnes begab er sich hinunter in das Lokal, wo sie wohl das Riffett erbrochen voranden, die Diebe aber nicht sahen. Erst als sie die Ruchentür öffneten, trat ihnen einer der Einbrecher, es war der Marganus, mit dem Ruf: „Hände hoch!“ entgegen. Es kam nun zu einem Ringen zwischen dem Kampfs, dessen Sohn und dem Einbrecher. Im Verlauf des Kampfes stürzte sich aber trotzdem wieder auf ihn und beim Ringen gab der Sohn nochmals drei Schüsse ab, von denen zwei den Marganus tödlich trafen. Der zweite Einbrecher hatte sich in einem Schuppen im Hofe versteckt, wo er später vorgefunden und verhaftet wurde. Es war der Nawrat, der jetzt vor Gericht stand. Er ist schon erheblich vorbestraft und befand sich im Rückfall. Das Gericht billigte ihm mildere Umstände zu und ersetzte gegen ihn auf neun Monate Gefängnis sechs Monate wurden durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Geflügel diebe im Landkreis.

Es ist immer eine besondere Gemeinheit, wenn Diebe arme Leute bestehlen. Besonders arg wurde einer Anzahl von Landarbeitern im Kreise Neumarkt im vorigen Sommer mit- gepielt. Des Nachts wurden ihre Hühnerställe erbrochen und ihnen daraus das Geflügel gestohlen. Als sich Anfang Juli in Paschwitz die Einbrüche an einigen aufeinanderfolgenden Nächten wiederholten, stellten die Geschädigten selbst Ermittlungen an. Die vorhandenen Fugiputen wurden gemessen und mit denen des im Dorfe anwesenden Johann Wietaschel verglichen. Da die Maße genau übereinstimmten, wurde W. verhaftet. Seit dessen Verhaftung haben die Diebstähle in der Gegend aufgehört. W. stand am Dienstag vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen dieser Einbruchs- diebstähle zu verantworten. In der Nacht zum 7. Juli waren dem Landarbeiter Schumann aus einem Bretterverfahle sieben Hühner und ein Hahn gestohlen worden. In derselben Nacht waren Einbrecher in der Wohnung des Arbeiters Müller eingestiegen und hatten drei Mark Geld und Semmeln mit- genommen und schließlich fand noch der Arbeiter Nitsch eines Morgens seinen Hühnerstall erbrochen und es fehlten sechs Hühner und ein Hahn. Wietaschel bestritt, die Einbrüche begangen zu haben. Das Gericht hatte aber durch die eingehende Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß W. der Einbrecher ist, auch waren von ausschlaggebender Bedeutung die Messungen der Schuhabdrücke. Das Gericht billigte ihm mildere Umstände zu, da er nach seinen Angaben noch un-

Die 3-Mark-Gewinne der Arbeiterwohlfahrtskassiererin sind nicht, wie irrtümlich gemeldet, sämtlich in der „Volksmacht“-Buchhandlung, Graupenstr. 5, abzuholen, da bisher nur die Bilder, die als Gewinne zur Ausgabe gelangen, eingetroffen sind.

Breslauer Volkshöhne. In Abänderung des Spielplanes kommt am 8. Januar für die Kamerspielgmeinde der Volkshöhne im Bobetheater die Komödie „Olypotrida“ von Perret-Holentia in der ursprünglichen, einaktigen Form heraus, die mit dem Kleinstpreis ausgezeichnet wurde. Dazu wird „Der Kamerlänger“ von Wedekind mit Josef Reim in der Titelfolle gegeben. Alle Mitglieder der Volkshöhne erhalten zu den Aufführungen von Shaw's Drama „Frau Warrens Gewerks“ im Thalia-Theater vom 8. bis 21. Januar in der Geschäftsstelle Gastkarten zum Einzelpreise von 1.50 Mark.

Der Vorstand des Schlesischen Provinzialvereins zur Kampfung der Tuberkulose wählte in drei vakant gewordenen Vorstandsstellen den Direktor der Medizinischen Klinik der Universität Breslau, Professor Dr. Stepp, den Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Breslau, Professor Dr. Krausnick sowie den alleinigen Inhaber des Bankhauses G. Heilmann-Breslau, Dr. jur. Ernst Heinrich Heilmann und bestellte diesen zugleich zum Vermögensverwalter anstelle seines kürzlich verstorbenen Vaters, des Kommerzienrats Dr. Georg Heilmann. Des weiteren bestellte der Vorstand die Berufung des Lungenspezialisten Dr. Walther Graf als Oberarzt der Kaiserin Auguste Viktoria-Klinik Breslau (Chefarzt Dr. Witt). Dr. Graf war vom 15. August 1920 bis 11. Juli 1923 Assistent des Geheimrats Professor Dr. Sauerbruch zu München und vom 1. September bis jetzt Assistenzarzt der Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses zu Sankt Georg zu Leipzig. Durch seine Anstellung wird die Kaiserin Auguste Viktoria-Klinik in die Lage versetzt, das lungenspezifische Heilverfahren (Thorakoplastik) selbst durchzuführen und damit auch Lungenerkrankten Heilungsaussichten zu bieten, bei denen infolge der Schwere ihres Leidens mit dem hygienisch-diatetischen Heilverfahren Fortschritte nicht mehr zu erzielen sind.

Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1918, z. B. Freitag, den 7. Januar, im Gewerkschaftshaus: Mitgliederversammlung mit Lichtbildvortrag. Gäste haben Zutritt. (Siehe Anzeige.)

Briefstaben-Ausstellung in Breslau. Der Briefstaben-Züchter-Verein „Breslau-Süd“ veranstaltet in der Zeit vom 8. bis 10. Januar in Mais No. 2, Gabelfstraße 5, eine Briefstaben-Ausstellung seiner „...“-Stäbchen. Der Verein, der in der Reisevereinsung an der Spitze steht, bringt fast alle erfolgreichen Tauben des Jahres 1926 zur Schau. Eintritt 30 Pf. inkl. Gratisverköstung.

Uebel der Feuerwehre. Zu einem Balkenbrande wurde die Feuerwehre am 5. Januar, nachmittags 6 Uhr, nach Belkendorfer Straße 40 gerufen. In einer zu ebener Erde gelegenen Stütze wurde durch die Schadhaftheit eines Schornsteins die Balkenlage unter einem Ofen in Brand geraten. Nachdem der Ofen abgetragen werden war, konnte das Feuer mit der Eimerpritze gelöscht werden.

Zeugen gesucht. Die beiden Frauen, die einer Frau am 31. Dezember, abends gegen 6 Uhr, bei dem Unfall Mollwitzer Straße vor dem Laden des Kaufmanns Klein behilflich waren und sie aufhoben, werden dringend um Angabe ihrer wahren Adresse zur Feststellung des Vorfalls an Robert Neumann, Tauentzienstraße 177, gebeten.

Zeugen gesucht. In der Nacht vom 2. zum 4. Dezember fand hier in der Gullau-Freitag-Straße ein Zusammenstoß mehrerer junger Leute mit einem jüngeren Händler statt, den dieser als einen Raubüberfall darstellte. Der Vorfall soll von mehreren Unbeteiligten beobachtet worden sein. Es ist für die Beurteilung dieses Falles von größter Wichtigkeit, daß sich diese Zeugen mündlich im Zimmer Nr. 36 des Landgerichts oder schriftlich bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts zum Altenzeichen 41/24 Z. 1238/26 melden.

Ferd und Wagen gestohlen. In der Nacht zum 4. Januar wurden dem Besitzer August Köcher in Podasch, Kreis Militsch,

aus dem Stalle zwei Pferde und vom Gehöß ein Wagen gestohlen. Die Pferde: Ein Fuchswallach mit Stern, 170 Meter groß, weiße Hinterfüße, Karde am hinteren linken Hufeelgelenk, und eine Kapplute, etwa 1,65 Meter groß, mager mit Hängebauch, eine Hinterfüße weiß, auf beiden Hinterbeinen Spat, wurden in einen Kastenwagen, der nur mit Seitenbreitern versehen war, eingesperrt und von den Dieben fortgeführt. Angaben über den Verbleib des Fuhrwerks erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 57.

Arbeiter-Sport

Turnhallnachrichten.

B.F.S. Dittschin. Sonntag, den 9. Januar, findet unsere fällige Generalversammlung statt. Sämtliches Vereinsvermögen ist mitzubringen. Nichterwünschten wird bestraft. Die Versammlung findet bei Heide, Siedlung, vormittags 8 Uhr, statt.

B.S.W. Oswig. Freitag, den 7. Januar, findet im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt zwecks Auffüllung der Mannschaften zur neuen Serie. Sämtliches dem Verein gehöriges Material ist mitzubringen. Nichterwünschten wird bestraft.

B.F.S. 1028. Am 7. Januar, abends 7 Uhr: Monatsversammlung.

Schiedsrichterausschuss. Schiedsrichtermittelbogen sind bis 17. Februar bei dem Schiedsrichterausschuss abzugeben.

Spartenkassierer. Die Vereine Sottwitz, Mardorf, B.F.S. (Brieg), Formaris (Brieg), Spiel-B. (Brieg), Wohlau, B.F.S. (Dittschin), Dittschin, Spoya und Oswig haben ab 15. Januar bis zur Bezahlung der Beitragsrechnung Spielverbot.

Handball-Vorkehr für Sonntag, den 9. Januar.

Der zweite Serien-Sonntag bringt eine Fülle von Begegnungen, die alle interessant zu werden versprechen. Neulisch muß Sonntag nachmittag in Oswig gegen 5. Abt. antreten, wobei die 5. Abt. knapp gewinnen sollte. G.W.D. wird Müllers ebenfalls das Nachsehen lassen. Im Eichenpark wird die 4. Abt. gegen 6. Abt. nichts zu bestellen haben. Unarisch ist der Ausgang des Treffens 2. Abt.-Mochern in Tschanitz. 7. Abt. wird keine Form im Spiel gegen Gansau unter Verweis stellen. Das letzte Treffen endete mit einem knappen Sieg der 7. Abt. Boleidon hat die 1. Abt. als Gegner. Beide Mannschaften kann man als gleichwertig ansprechen.

Freie Turnerschaft, 5. Männer-Abteilung. Die für Donnerstag, den 6. Januar, angelegte Abteilungs-Generalversammlung findet umfänglich am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Abteilungslokal „Zum Eichenhammer“, Partschstraße, statt. Volkstümliches Erscheinen unserer Mitglieder, Männer und Jugend, ist erwünscht.

Arbeiter-Sportverein Breslau. Den Sporigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 9. Januar, unsere Generalversammlung bei Karl Busch, Glogauer Straße 2, um 8.30 Uhr früh stattfindet. Rückständige Beiträge werden dort einbezahlt. Erscheinen aller ist Pflicht.

Sportklub Stern 1921. Am Sonntag, den 8. Januar, findet in unserem Vereinslokal bei Krusch, Kranfurter Straße, unsere Monatsversammlung statt. Es ist unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied erscheint.

Rüdenwaldau, Kreis Bunzlau. Der fünfte Brand in kurzer Zeit. Das trotzgehende Anwesen des Besitzers Gustav Schubert ist in der Neujahrsnacht niedergebrannt. Der Eisenbahn-Pensionär Talle mit seiner Frau konnte rechtzeitig geweckt werden, dagegen jagen sich der Buchhalter Richard Hols beim Hinaustragen von Mobiliar schwere Brandwunden und der Kutsher Bruno Schubert tiefe Schnittwunden am Handgelenk. Die fortgesetzten Brände haben den Dorfbewohnern Schrecken eingejagt.

Oppeln. Personalveränderungen im Oberpräsidium. Der Regierungsrat Wehrmeister beim Oberpräsidium sowie die Regierungsräte Dr. Henstius und Dr. Melcher bei der Regierung Oppeln sind mit Wirkung vom 1. Januar 1927 zu Oberregierungsräten ernannt. — Regierungsrat Dr. Meffert ist von dem gleichen Zeitpunkt an die Regierung in Arnberg versetzt. — Dem Verwaltungs-Gerichtsdirektor Gause ist die kommissarische Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten des Oberpräsidiums der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen in Schneidemühl übertragen. — Zum 1. Januar hat an die hiesige Regierung versetzt: Regierungsassessor Hoffheinz vom Landratsamt Niederbarnim und Regierungsassessor Dr. Kramer von der Regierung in Lagen.

Geiz-Streit. Brandstiftung. Die Brände wölken im Groß-Schlesischer Kreis nicht aufhören. Erst vor wenigen Tagen brannte die Schulstube in Dittmuth ab. Jetzt brannte die große Scheune des Rittergutsbesizers Kaczek in Sosnowitz bei Groß-Stein infolge Brandstiftung völlig nieder. 300 Zentner Heu, ungedroschener Roggen, 100 Zentner Körner, Saatgut und fast sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte des Gutes wurden vernichtet. Der Schaden beträgt schätzungsweise 40 000 Mark.

Wentzen P.S. Berdeshmuggler vor Gericht. Der Fuhrwerksbesitzer Max S. und der Kutsher Otto Sch. brachten im August 1926 eine Stute und einen Wallach mit Wagen und Geschir über die Grenze. Der Wirthant Josef G., der erst kürzlich wegen Pferdeshmuggels eine empfindliche Strafe erhielt, kommt als Ankläger in Frage. Die Sache entbehrte nicht eines gewissen humoristischen Beigeschmacks, als G. das Geld gab, während seine Gewährsmänner zunächst mit den geschmuggelten Pferden eine Vergnügungsfahrt machten, und als das Geld knapp wurde, sie an den Mann brachten. Das Gericht hielt alle drei Angeklagten in gleichem Maße für schuldig und verhängte Geldstrafen von je 3495 Mark.

Die öffentliche Sicherheit.

Abends Mitternacht an der Wade, Laufend, bis nach Mitternacht. Wird der deutsche Mut entfacht, Liebt man sich im Hurrahschrei Und es steigt die Nacht am Rhein! Brüder, reicht die Hand zum Bunde, Denn zum Aufbruch macht die Stunde! Waffengewalt, jeder Stolz, Mit Revolver, Schlagring, Dolch, Tritt hinaus man in der Nacht, Ruhm winkt in der Straßenschlacht!

Von des Ringes Breiterhuden Regt die wilde Jagd auf Juden Bis zur stillen Vorstadt hin, Raub bringt Ehre und Gewinn, Halb zu Tode wird geblut, Wer nicht schwört zum Gotte Teuf!

Wenn sich zeigen Hindernisse, Fallen dann gar bald auch Schüsse. Leiber rufen sie herbei Gar zu leicht die Polizei, Doch ein dämlich Schatzgefißt Gift, wenn man von Notwehr spricht!

Zitternd stehen Anschuldsbetne, Man weiß vor die Waffenschneide, Und in weinerlichem Schwall Redet man von Ueberfall, Weiß man doch, daß überhaupt Jeder Richter gern das glaubt!

Selbst wer einen Mord verbrochen Wird in Würde freigesprochen. Deutsches Recht sagt nie beim Schopf Stahlhalm oder Totenkopf, Denn im Zeichen Schwarz-Weiß-Rot Kennt doch Notwehr kein Gebot!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Breslau. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Da in aller Eile mehrere Generalversammlungen stattfinden, fällt die für Freitag, den 7. Januar, festgesetzte Versammlung aus. Generalversammlungsstermin wird an dieser Stelle bekannt gegeben.

Groß-Mochern. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Abteilung 1 (West). Sämtliche Spielente der Abteilung treffen sich Montag, 10. Januar, abends 7 Uhr, bei Schreier in Groß-Mochern.

Durch Neuordnung und Herausgabe der neuen Notizen zum Fernunterricht wird erwartet, daß jeder einzelne Spielkamerad anwesend ist. Kameraden, wer ohne Grund fehlt, wird vom Spielen ausgeschlossen! Der Kreisleiter.

Canth-Sackwitz. Baugewerkschaft. Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet in Canth, Gasthof zum Kautentanz, unter Generalvorsitzung statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Neumarkt. Vom Kleinbahn-Triebwagen überfahren wurde am gestrigen Mittwoch, mittags 12 Uhr, der 65 Jahre alte Müller Fischer aus Dambrisch, Kreis Neumarkt. Vom Pferdemarkt hinter dem Schlachthof kommend, achtete er weder auf die dort laufende scharfe Kurve, noch auf die rechtzeitig erfolgten Warnungssignale und geriet unter den Wagen. Über mehreren Verletzungen wurde ihm ein Bein abgefahren, das andere schwer beschädigt. Obwohl den Wagenführer benachrichtigt, keine Schuld treffen dürfte, muß jedoch geordert werden, daß die Kurven am Schlachthof äußerlich vorzüglich gefahren werden, um durch schnellstes Bremsen solche Vorkommnisse verhüten zu können. Aber auch die Achtsamkeit des Publikums darf nicht fehlen. Ob die Beleuchtung des Nachts eine genügende ist, bezweifeln wir stark. Die Anbringung von elektrischen Lampen ist in Anbetracht der Kurven unbedingt erforderlich.

Aus dem Kreise Nimpfisch.

S.P.D., Kreisgruppe Nimpfisch.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Kreisführer in Heidersdorf

Kreisversammlung.

Ein Parteivorstandmitglied ist anwesend.

Zur Landwirtschaftskammerwahl am 9. Januar.

Am 29. Dezember hatte der Schlesische Bauernbund eine Versammlung nach Jordansmühl einberufen. In derselben sprach Bauerngutsbesitzer Hanzig aus Stolz, Kreis Frankenstein, über das Thema: „Die Landwirtschaftskammer wie sie ist und wie sie sein sollte“. Um die Anwesenden von der Wichtigkeit der Kammerwahlen zu überzeugen, schilderte er die Entwicklung von der Leibeigenschaft, der Bauernbefreiung vor hundert Jahren bis zur Gegenwart. Er besprach die Gründe, welche zur Bauernbefreiung führten, die Erfreilung selbst, ihre Auswirkung und welchen Lohn die Männer erhielten, die sich um die Befreiung verdient gemacht hatten. Fiktionell zog das Gland der deutschen Bauernschaft vor dem Zuhörer vorüber. Auch die geschichtliche Lage: „Der König rief und alle, alle kamen“, verpflichtete der Redner gründlich nach seiner Meinung mühe es heißen: „Das Volk rief und der König mußte kommen“. Doch wie immer, so hatten auch damals die Junker es verstanden, das Volk um seinen Lohn zu betrügen. Daß die Söhne der damaligen Junker vernünftiger wie ihre Väter seien, bezweifelte der Redner nach den gemachten Erfahrungen. Von 93 Abgeordneten der Landwirtschaftskammer sind 14 Bauern, alles übrige gehört zum Landbunde. Bei dieser Zusammenfassung sei es kein Wunder, wenn die Landwirtschaftskammer für die Bauern nichts übrig habe; das einzige Recht, das den Bauern zusteht, sei: Kammerbeiträge zahlen. Der Einfluß der Kammer und des Landbundes sei nicht bloß für den Bauernstand, sondern für das ganze Vaterland verberlich. Auf Grund ihres Einflusses und der Buchführung haben es 70-80 Prozent des Großgrundbesitzes verstanden, keine Einkommensteuer zu zahlen. Die Bauern zahlen Bauernsteuer. Je mehr sie arbeiten, je tüchtiger sie sind, desto mehr Steuern müssen sie zahlen. Wenn diese Besteuerung für die ganze Landwirtschaft durchgeführt würde, wäre sie vielleicht gerecht, in ihrer jetzigen Handhabung jedoch sei sie eine Strafe für den Bauernstand, ein Wessan mit zurecht Weg. Und zu alledem jagte diese Landbundkammer Ja und Amen. Ja, sie hat es sogar fertig gebracht, amtlich für den Landbund zu agitieren. Um diesen Nebeln abzuwehren, empfiehlt der Redner, die organisierte Arbeiter- und Beamtenchaft als Vorbild zu nehmen. Dazu gehören auch, daß kein Bauer am 9. Januar seine Stimme den Landbundkandidaten gibt.

Als ehemaliger langjähriger Vorsitzender des Kreislandbundes Frankenstein konnte der Redner noch etlicherhand aus der Praxis des Landbundes vorbringen. Davon sei für uns besonders interessant, daß der Landbund ein Schnortjahr bei den Zuckerfabriken gerichtet habe mit der Bitte um Gelder, und dem Hinweis, daß sich der Landbund für Kredite eingesetzt habe. Daß der Redner den Bauern aus dem Herzen gesprochen habe, bewies ihr Beifall.

In der Diskussion meldete sich der Gutsbesitzer Köhler zum Wort. Zum Thema selbst hatte er nichts zu sagen. Er zählte etwa ein Duzend Grenämter und sonstige Pösten auf. Die er, wie er sagte, zum Teil schon seit 30 Jahren inne habe, und dort zum Segen der Landwirtschaft gewirkt habe. Auch keiner Auffassung sind die Kandidaten des Bauernbundes, sie sind 30-60 Jahre alt, zu jung. Herr Köhler sagte weiter, zu einem solchen Amt gehöre Verbindung und Geld. Er schilderte auch, wie verschiedene Landbündler mit Hilfe ihrer Verbindungen etwas gequert hätten. Auf die Zusammenkunft des Landbundes zählten, gab er zu! Herr Köhler erzählte weiter, wie großmütig er ist. Zwei Kammermitglieder sind für den Kreis Nimpfisch zu wählen, um eine Wahl zu vermeiden, habe er dem Bauernbunde vorgeschlagen, daß diese beiden aus dem Landbund sein sollen, die Stelle des ersten Ersatzmannes habe er dem Bauernbunde angeboten. Der Bauernbund hat sich dafür bedankt und eine eigene Liste aufgestellt, sehr zum Ärger des Landbundes. Als Herr Köhler sagte, im Kreise Nimpfisch sei genug gestedt, es sei kein Bedarf mehr an Sieblungsland, da brach die ganze Versammlung in helles Gelächter aus. Durch diesen Ausdruck hatte sich Köhler ins rechte Licht gerückt. Da Köhler bei dieser Gelegenheit seine Verdienste und seinen Einfluß der Beachtung empfahl, so werden wir uns erlauben, ihm einen Vorschlag zu machen, wo er seinen Einfluß ausprobieren kann.

Eine ganze Anzahl Landwirte haben der Zuckerfabrik Heidersdorf ihr Vermögen, es werden Summen bis zu 50 000 Mark genannt, zur Verfügung gestellt und damit die Fabrik groß gemacht. Durch die Inflation sind diese Summen entwertet, die Fabrik jedoch hat sich Werte dafür zugelegt, Grundstücke, Maschinen, die Kalkerei usw. Einzelne Bauern haben jahrzehntelang die Rüben umsonst geliefert. Für 20 Jahre Rübenlieferung oder für 50 000 Mark haben diese Leute nicht einen Zentner Zucker bekommen, wohl aber Erntenerntungsarbeiten. Trotz jahrzehntelanger Arbeit und Sparsamkeit fallen diese Leute heute zum Teil der Wirtschaftspflege zur Last. Herr Köhler ist Mitglied des Ausschusses. Man hat nie gehört, daß er sich gegen diese Geschäftspraktik gewandt hätte. Bitte, Herr Köhler mit Hilfe ihres von Ihnen selbst betonten Einflusses, wird es Ihnen ein leichtes sein, diesen Unrecht Zustand zu verschaffen und sie vor der gänzlichen Verarmung zu schützen! Wenn die Fabrik Gelder für den Landbund auswerfen kann, wird für diese Leute wohl auch etwas abfallen.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Aus Schlesien.

Das längste Dorf Schlesiens.

Das längste Dorf Schlesiens liegt im Kreise Reichembach, und zwar ist es Weillau, das, dem Lauf der Weile folgend, sich zwischen der Stadt Reichembach und Gnadenfrei ausdehnt. Es ist nicht weniger als 12 Kilometer lang und trotzdem in fast ununterbrochener Folge mit Häusern besetzt, streckenweise sogar breit ausladend in seiner beiden Enden. Weillau, das seinen Namen der am westlichen Abhange bei Kleusich entspringenden Weile verdankt, umfaßt nicht weniger als sechs Gemeindebezirke und dazu noch sieben Gutsbezirke und gliedert sich in die mannigfaltigen Abstufungen der Bezeichnungen der einzelnen Gemeindebezirke, die jeder für sich eine eigene Verwaltung und einen eigenen Gemeindevorstand haben. So wird der Ort in Ober-, Mittel- und Nieder-Weillau aufgeteilt, aber jeder dieser Teile wieder unter sich nochmals in kleinere Gemeindefürche. So kommt es, daß Mittel-Weillau auch noch ein Ober-Mittel-Weillau und ein Nieder-Mittel-Weillau hat, daß Nieder-Weillau noch einen Bezirk Schlüssel-Weillau zur Seite liegt und daß Ober-Weillau sich ebenfalls in zwei Gemeinden zerlegt, in Ober-Weillau I und in Ober-Weillau II. Rechnet man dazu, daß unmittelbar zusammenhängend mit diesen Weillaus auch noch die Herrnhuter-Gemeinde Gnadenfrei liegt, so ergibt sich ein ganz herrliches Ortsgefüge, das auch über zwei Bahnhöfe verfügt, über Nieder-Weillau und Gnadenfrei. Bei letzterem Bahnhofe ist es originell, daß er überhaupt nicht in Gnadenfrei, sondern in Ober-Weillau liegt, und es befreit dazu noch ein starkes Ritualisieren zwischen diesem Ober-Weillau und Gnadenfrei, da jede dieser Gemeinden die „Hohheitsrechte“ für sich in Anspruch nehmen will.

Die Gründung Weillau fällt wahrscheinlich in die ersten Zeiten des Mittelalters, bis zu denen sich die chronikalischen Aufzeichnungen verfolgen lassen. Unmittelbar bei dem Orte liegt auch der historisch gewordene Fährberg. Man führt aber den Ursprung des Ortes sogar bis in die heidnischen Zeiten zurück, zumal mehrfach Urnenfunde in jener Gegend gemacht wurden. Weillau ist auch weit bekannt durch seine malerischen Reize, nennt man doch die Partien um den Gladieteich infolgedessen sogar die „Weillauer Schweiz“, und in der Nähe davon liegt auch, von den „Drei Fürstentümern“ bezaumt zu werden, das liebliche Ellguther Tal, das Ziel vieler Sommerausflüge.

Beendigung der Verhandlungen zur Erleichterung

Nachdem im Mai voriger Jahres Oberpräsident Dr. Proste in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident in Troppau mit dem Präsidenten der politischen Landesverwaltung des tschechoslowakischen Schlesiens, Herrn Samel, Verhandlungen begonnen hat zur Ausführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über die Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen dem Gebiete des Deutschen Reiches und den durch den Vertrag an die Tschechoslowakische Republik übergebenen Gebieten, sind diese Verhandlungen am 4. Januar dieses Jahres in Oppeln zu Ende geführt worden. Von der Tschechoslowakischen Republik waren unter anderem erschienen der Präsident Samel, der Präsident der Finanzdirektion in Troppau, Grubec. Auf deutscher Seite nahmen außer dem Oberpräsidenten Dr. Proste, der Präsident des Landesfinanzamtes Oberschlesien, Günther, die Referenten der beteiligten Behörden, die Vizepräsidenten der angrenzenden Landkreise Ratibor, Leobischitz, Neustadt und der Oberbürgermeister der interessierten Stadt Ratibor teil.

Trebnitz. Weiblicher Gemeindevorsteher. Die Gemeinde Werdermühle im Kreise Trebnitz, die schon das letzte Recht für sich in Anspruch nehmen kann, die kleinste Gemeinde Preußens — vielleicht gar Deutschlands — zu sein, insofern, als sie nur aus einem Besitzer besteht, gehört jetzt auch zu den ganz wenigen Gemeinden, die einen weiblichen Gemeindevorsteher besitzen. Mit der Führung der Geschäfte eines Gemeindevorstehers ist vorläufig die verwitwete Frau Freigutsbesitzer Wiernath betraut worden.

Glogau. Selbstmord aus verjähmter Liebe. Der 26jährige Freizeurgehilfe Alfred S., der im Besitze eines Hauschlüssels seiner Geliebten war, schlich sich nachts in den Hausflur und wollte die Heimgeschreie erschleichen. Als zwei Schutzpolizeibeamte eintrafen, löstete sich S. durch zwei Schüsse in den Kopf. Die junge Kriegerwitwe hatte seine Liebe wohl bei Altersunterschiedes wegen verjähmt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berufsschulen in Preußen.

Forderungen der Berufsschüler.

Vorige Woche hielt der Landesverein der preußischen Gewerke- und Handwerksvereine im Tiergartenhof in Berlin eine öffentliche Versammlung ab, zu der außer vielen Angehörigen des Verbandes, Vertretern vom Ministerium für Handel und Gewerbe, der Schulverwaltung auch Landtagsabgeordnete verschiedener Fraktionen und Vertreter der Gewerkschaften erschienen waren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag von Berufsschuldirektor Frommann aus Groppeberg i. N. über „Die preussische Berufsschulpolitik im Volksstaat: Hoffnungen und Enttäuschungen.“

Aus seinen Ausführungen sowie aus dem ihm vielfach geäußerten Beifall ging hervor, daß die Berufsschulbewegung mehr Enttäuschungen als Hoffnungen hegen muß. So ist die alte Forderung nach der Schaffung eines Reichsgesetzes für die Berufsschulen noch immer nicht verwirklicht. Das ist um so bedauerlicher, als dadurch kein allgemeiner Pflichtbesuch der Berufsschulen geschaffen ist. Von den in Preußen vorhandenen erwerbstätigen Jugendlichen besuchen nur etwa 33 Prozent die Berufsschulen.

Es ist zu fordern, daß der vom Abgeordneten Müller-Pranten dem Reichstag vorgelegte Entwurf für ein derartiges Reichsgesetz endlich verwirklicht wird. Es geht um das kostbarste Gut der Nation, und die Berufsschulbewegung erwartet gerade vom Volksstaat ein Eingehen auf ihre Wünsche und Forderungen, die im Interesse der Jugend wie der Wirtschaft geklärt werden. Was die beruflichen Wünsche der Lehrer und Lehrerinnen anbetrifft, so fordern sie eine Gleichstellung mit den sonstigen Lehrkräften. Zur Frage der Vorbildung der Lehrkräfte steht der Verband auf dem Standpunkt, daß eine Hochschulbildung des Berufsschullehrers notwendig ist. Gegen die von den Unternehmern eingerichteten Werkstätten müsse man sich mit aller Entschiedenheit wenden, denn sie bilden ebenso eine Gefahr für die Entwicklung der Berufsschulen wie auch für die jungen Menschen selber.

Die Versammelten brachten ihrem Redner eine Oration dar, damit zum Ausdruck bringend, daß er aus ihrem Herzen gesprochen hätte. Redner der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion versicherten die Lehrerschaft ihrer Unterstützung in ihren berechtigten Wünschen. Der Vertreter des Ministeriums hatte dagegen keinen leichten Stand; er rief mit seinen Ausführungen vielfach den Widerspruch der Versammlung hervor.

Am Ende der Veranstaltung wurde eine Entschließung angenommen, die am Tage vorher die außerordentliche Vertreterkonferenz sich zu eigen gemacht hatte. Hierin wird gefordert, daß vor allem die preussischen Berufsschulen ausgebaut werden und daß der Ausbildung der Gewerkschüler und -lehrerinnen die gewünschte Weisung gegeben werden. Der Landtag wird gebeten, das Staatsministerium zu ersuchen, in eine Prüfung der Verhältnisse einzutreten und geeignete Maßnahmen zu treffen, um das Berufsschulwesen seiner Bedeutung für Wirtschaft und Staat entsprechend auszubauen und auszugestalten.

Neue Arbeitszeit-Bewegung der Leipziger Metallarbeiter.

Leipzig, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Arbeitszeitabkommen in der Leipziger Metallindustrie ist von der Ortsverwaltung Leipzig zum 31. Januar 1927 gekündigt worden. Gleichzeitig wurde die Forderung auf Einführung der 48-Stundenwoche unterbreitet.

Das zurzeit noch bestehende Arbeitszeitabkommen in der Leipziger Metallindustrie sieht als regelmäßige Wochenarbeitszeit 48 Stunden vor. Es laun aber, wenn die Verhältnisse des Betriebes es erfordern, bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden. Am 1. Oktober 1925, als das Abkommen in Kraft trat, waren in der Leipziger Metallindustrie 1092 Kollarbeitslose vorhanden. Diese Zahl stieg im Juli 1926 auf 10060, um dann langsam unter Schwankungen auf 8672 im Dezember zu fallen. Trotzdem ist ein großer Teil der Betriebe nicht zur 52-Stundenwoche übergegangen, sondern man verlangt auch noch von den Arbeitern Überstunden. Dabei steht fest, daß in den Betrieben Arbeitsplätze und Maschinen leer stehen. Unter solchen Umständen wird es natürlich selbst bei einer Hebung der Beschäftigung unmöglich, auch nur annähernd die Arbeitslosenziffer zu senken. Das kann nur durch eine entsprechende allgemeine Arbeitszeitverkürzung geschehen.

Die Ueberstüchten im preussischen Bergbau.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner letzten Ausgabe die Zahl der Ueberstüchten, die die Bergarbeiter im preussischen Bergbau im dritten Quartal 1926 erfahren haben. Diese Zahlen sind ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, das Verfahren der Ueber- und Nebenstüchten im Bergbau zu verbieten. Insgesamt sind im dritten Quartal im preussischen Bergbau annähernd drei Millionen Ueber- und Nebenstüchten erfahren worden. Ueberträgt man diese Zahl auf die durchschnittlich verfahrenen Schichtenzahl, so zeigt sich, daß über 30000 Bergarbeiter bei Vermeidung von Ueberstüchten im dritten Quartal 1926 mehr beschäftigt werden konnten. Also im preussischen Bergbau allein hätten Tausende und Abertausende von Arbeitern Beschäftigung und Brot für sich und ihre Familien finden können.

Im einzelnen sind an Ueber- und Nebenstüchten im preussischen Bergbau verfahren worden: a) im Steinkohlenbergbau: in Oberschlesien von der unterirdischen Belegschaft 1251, in Niederschlesien 91344 (13231), im O.B.A. Dortmund 1845598 (174046), am Rhen Niederrhein 39612 (3234), bei Aachen 76249 (12789); b) Salzbergbau: im O.B.A. Halle 15545 (146), im O.B.A. Clausthal 21645 (385); c) Erzbergbau: im Mansfeld (Kupferschiefer) 30124, im Oberharz 8006, im Siegen 8946, in Kassel und Wehlar 5146; d) im Braunkohlenbergbau: im O.B.A. Halle rechtselbisch 79593 (22062), linkselbisch 97663 (29815), linksrheinisch 69777 (45061), zusammen von der unterirdischen Belegschaft 2651219, von der Belegschaft in den Nebenbetrieben 321970.

Bezüglich des Verbots der Ueber- und Nebenstüchten im Bergbau hat kürzlich der Preussische Landtag einen entsprechenden sozialdemokratischen Antrag angenommen. Es liegt jetzt an dem preussischen Handelsministerium, diesem Antrage auch Geltung zu verschaffen.

Hermann, der Cherusker.

Der „Grundstein“, das Blatt des Deutschen Bergwerksbundes, verbindet mit der Mitteilung, daß Hermann Eichhorn in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, eine Ehrung des 68jährigen Helden, der seiner Statur und seines Bartes wegen den Freundschaftsnamen „Hermann der Cherusker“ bekommen hatte. Eichhorn war einer der „kleinen“ Gewerkschaftsführer, die von der Pflanzzeit der Organisation, die sie leiteten, bis zur ersten Mitbestimmung und mit hochgedruckt hatten. Im Jahre 1895 trat Eichhorn seinem Verbande der Eisenerzwerker in Rastatt bei. Nach längerer ehrenamtlicher Tätigkeit wurde er 1900 zum Vorsitzenden seines Verbandes und damit auch zum Redakteur seines Verbandsorgans gewählt. Durch die spätere Verlegung des Verbandsorgans nach Leipzig wurde Eichhorn aus seinem alten Karlsruher Wirkungskreis, wozu auch seine Tätigkeit als Stadtverordneter und Sozialratsmitglied der Partei gehörte, herausgerissen, um nach wenigen Jahren durch den endlich erfolgten Anschluß des Eisenerzverbandes an den Bergwerksbund abermals verpflichtet zu werden, und zwar nach Hamburg. Seine Hauptrolle blieb erhalten, und Eichhorn fungierte als ihr Organ im Bundesverband des Bergwerksbundes. Wäre es Hermann Eichhorn noch viele Jahre der wohlverdienten Ruhe erfreuen!

Trotz großer Arbeitslosigkeit Zugang von Ausländern.

Am 16. Dezember 1926 teilte der Zentralverband der Steinarbeiter dem Niederschlesischen Landesarbeitsamt mit, daß die Firma Beteiligte Schleife Granitwerke, Nicolaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 14, versuche, ausländische Steinarbeiter heranzuziehen, obwohl die Unternehmer sowohl in ihren Geschäftsberichten, wie auch in der bürgerlichen Presse von drohenden Betriebsstilllegungen schreiben, und außerdem nicht ein Mangel, sondern ein Ueberfluß an geeigneten Arbeitskräften feststellbar sei. Eine Antwort wurde bis heute nicht gegeben. Dagegen muß festgestellt werden, daß in den letzten Tagen tatsächlich ein Zugang von ausländischen Arbeitern einsetzte und weiterer Zugang noch zu erwarten steht, wovon der Verband wiederum dem Landesarbeitsamt berichtet hat. Bekanntlich können Ausländer nur mit Genehmigung des Landesarbeitsamtes beschäftigt werden. Es ist einfach unverständlich, wenn trotz zunehmender Arbeitslosigkeit, wozu nicht zuletzt auch die schlesische Steinindustrie beteiligt ist, noch derartige Genehmigungen erteilt werden. Am so mehr, als dem Landesarbeitsamt bestimmt bekannt ist, daß die schlesische Granitindustrie nur durch die aus dem Arbeitsbeschäftigungsgeheimen Mittel zum großen Teil vor völligen Erliegen bewahrt blieb. Es kann unmöglich im Sinne der Reichsregierung gelehrt haben, öffentliche Mittel an die einzelnen Provinzen oder Provinzen zu geben, um die dadurch ermöglichten Aufträge teilweise von ausländischen Arbeitskräften herstellen zu lassen während eine ansehnliche Zahl von schlesischen Steinarbeitern arbeitslos ist und nach den Auslassungen der Unternehmer in bürgerlichen Zeitungen in nächster Zeit die Gefahr der Arbeitslosigkeit für Tausende von Steinarbeitern entstehen wird.

Von den Unternehmern die Wahrung des Allgemeininteresses zu fordern, oder zu erwarten wäre geradezu naiv, wozu aber kann und muß man vor den Arbeitsämtern Provinz und Kreisbehörden verlangen, daß dem Zugang von ausländischen Arbeitern gesteuert wird, solange geeignete Arbeitskräfte im Inland mehr als genügend vorhanden sind. Schließlich dürfte es unangebracht sein, mit allem Nachdruck zu fordern, daß bevor über die Genehmigungsfrage entschieden wird, die zuständigen Gewerkschaftsinstitute zumindest über den Stand der wirklichen Geschäftslage angefragt werden. In obigem Falle fordert der Verband die sofortige Zurückziehung der Genehmigungen.

Überstunden



vermehrten die Arbeitslosigkeit!

Für die rechtsrheinische Textilindustrie

ist in Barmen ein Schiedspruch gefällt worden. Danach wird der Manteltarif ab 1. Januar wieder in Kraft gesetzt und gilt auf unbestimmte Zeit. Er kam mit Frist von einem Monat erstmalig am 30. Juni 1927 gekündigt werden. Das gleiche gilt vom Lohnabkommen sowie vom Abkommen über die Arbeitszeit und dem Ueberarbeitszeitabkommen.

Das Lohnabkommen, zuletzt gültig ab 3. August 1925, tritt wieder in Kraft mit der Maßgabe, daß a) seine Lohnsätze um 5 Prozent erhöht werden, b) in den allgemeinen Bestimmungen die Ziffer 3 (Mittorbbestimmungen) wie folgt geändert werde: Der Tariflohn ist in der Regel so zu bemessen, daß Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit einen Verdienst erzielen können, der 12½ Prozent über dem in den Branchenverträgen bzw. im besonderen Lohnvertrag festgelegten Grundlohn liegt. Die Familienzulage bleibt hierbei außer Ansatz.

Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft bis zum 11. Januar. Die Teilnehmer werden voraussichtlich dem Schiedspruch zustimmen; die Stellungnahme der Arbeitgeber ist noch nicht bekannt.

Wirtschaft.

Die Entwicklungstendenzen der deutschen Wirtschaft.

Von Eugen Prager.

Die Rückblicke der Industrie- und Handelsblätter auf das verfloßene Wirtschaftsjahr sind diesmal auf einen hoffnungsvollen Ton gestimmt, als beim vorigen Jahreswechsel. Damals hand die Krise, von außen gesehen, auf ihrem Höhepunkt: Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stieg ununterbrochen von Woche zu Woche, die Konsum- und Geschäftsausgaben häuften sich in bedrückender Weise, die Unternehmungen litten unter Kapitalmangel, die Landwirtschaft klagte über niedrige Preise und mangelnden Absatz. Die Kaufkraft des großen Publikums war außergewöhnlich geschwächt. Diese Situation hielt im ersten Vierteljahr 1926 fast unverändert an, im zweiten zeigte sich eine geringe Besserung der wirtschaftlichen Lage. Seit Mitte 1926 scheint die Depression überwunden zu sein und ein neuer Konjunkturaufschwung sich vorzubereiten. Als eine der hauptsächlichsten Ursachen für diese Besserung der deutschen Wirtschaft sind die Rückwirkungen des englischen Kohlenpreises zu betrachten. Wenn auch die Ausfuhr von deutscher Kohle nach England nicht so sehr in Betracht fällt, so konnte doch der deutliche Bergbau einen Teil jener Märkte zurückgewinnen, die ihm bisher von der englischen Kohlenindustrie kritisch gemacht waren. Die Arbeitslosenentwicklung in der Kohlenförderung zeigte sich dann auf die Eisenzeugung und schließlich auch auf die verarbeitenden Industrien über. Die zweite Ursache für die Besserung der deutschen Wirtschaft ist die seit Mitte 1926 in wachsendem Umfange durchgeführte Rationalisierung der Betriebe, die zu einer Senkung der Selbstkosten und zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt führte.

Die Entwicklungstendenzen der deutschen Wirtschaft werden durch folgende Zahlen illustriert. Nach den Ermittlungen

der Fachverbände befanden sich unter je 100 Gewerkschaftsmitgliedern im Januar 22,6 im April 18,6 im Juli 17,7 im November 14,2 Kollarbeitslose. An Kurzarbeitern befanden sich unter je 100 Gewerkschaftsmitgliedern im Januar 22,6 im April 19,1, Juli 18,6, Oktober 10,22, November 8,3. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich also die Besserung der Konjunktur bisher erst in bescheidenem Umfange ausgewirkt. Das erklärt sich vor allem daraus, daß durch die Rationalisierung zunächst Arbeitskräfte freigelegt werden, die erst bei steigendem Absatz wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden können. Dieser Vorgang hätte sich viel schneller durchgesetzt, wenn die Unternehmer, die durch die Rationalisierung erzielte Senkung der Selbstkosten dazu benutzt hätten, um eine wesentliche Ermäßigung der Warenpreise, damit eine Vergrößerung des Absatzes und eine Verstärkung der Produktionsmöglichkeiten herbeizuführen. Das haben sie aber zum überwiegenden Teile nicht getan, die durch die Rationalisierung der Betriebe vergrößerte Verdiensthöhe ist vielmehr fast restlos zur Kapitalanhäufung benutzt worden. Nachdem vom statistischen Reichsamte aufgestellten Index sind zwar in den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres die Preise der Industriestoffe von 131,4 auf 123,3 und der Fertigfabrikate von 162,9 auf 140,9 Prozent zurückgegangen, auf dem Binnenmarkt hat sich dieser Rückgang aber nur wenig bemerkbar gemacht, er kam in der Hauptsache bei der Annäherung der Warenpreise an den ausländischen Wettbewerb auf den Weltmarkt zum Ausdruck. Soweit sich binnenwirtschaftlich ein Preisrückgang für Industrieerzeugnisse überhaupt bemerkbar machte, wurde er ausgeglichen durch die Steigerung der Preise für Agrarerzeugnisse, deren Index von 116,2 auf 133,9 hinwärtigeren ist, daß der Lebenshaltungskostenindex sich mit 142,2 Ende Oktober gegen 141,2 im Januar fast gar nicht verändert hat.

Daß die Senkung der Preise für Industrieerzeugnisse im wesentlichen für den Weltmarkt Geltung hatte, zeigt sich in der ständigen Zunahme der deutschen Ausfuhr. Sie stieg von 431 Millionen Mark im Januar 1924 auf 697 Millionen im Januar 1925 und 802 Millionen Mark im Januar 1926; im vorigen Jahre geht die Linie, wenn auch mit einigen Schwankungen, so doch ständig aufwärts, November 1926 betrug die deutsche Gesamtausfuhr 878 Millionen Mark. An den Preisen gemessen ist damit die Vorkriegsausfuhr wieder erreicht worden, da inzwischen aber die Warenpreise allerorten gestiegen sind, so steht die deutsche Ausfuhr, umgerechnet auf Vorkriegswerte, noch um rund ein Viertel hinter der vor 1913 zurück. Bemerkenswert ist es, daß die Steigerung der deutschen Ausfuhr nicht Sprunghaft erfolgt ist, wie es beim Inkrafttreten des Dawesabkommens im Ausland befürchtet wurde, sondern in fast regelmäßig aufsteigender Linie, und zwar in der gleichen Zeit, in der auch Industrieländer ihre Exporte steigern konnten. Das läßt darauf schließen, daß die Weltwirtschaft im allgemeinen eine wachsende Aufnahmefähigkeit zeigt und daß die Steigerung der deutschen Ausfuhr im allgemeinen nicht durch Preisunterbieten verursacht worden ist. Hervorzuheben ist schließlich noch, daß der Preisrückgang für deutsche Industrieerzeugnisse zum Teil auch hervorgerufen worden ist durch die Senkung der Preise für eine Reihe wichtiger Rohstoffe auf dem Weltmarkt.

Weitere charakteristische Merkmale in der deutschen Wirtschaft zeigten sich auf dem Gebiet der Geld- und Kapitalversorgung. Vom Auslande strömten große Kredite herein, wodurch die Zinsfuß wesentlich gesenkt worden ist. Zu Beginn des Jahres berechnete sich die Verzinsung von Anleihen noch auf über 10 Prozent, sie ist jetzt auf 6½ bis 8 Prozent zurückgegangen. Auf dem Aktienmarkt entwickelte sich eine stürmische Gasse, die die Kurse mehr als im Durchschnitt verdoppelten, für bevorzugte Papiere sogar verdrei- und vervierfachen. Nach dem Börsenindex der „Frankfurter Zeitung“ stieg die Indexziffer für inländische Aktien zu Jahresbeginn auf 58,31, am 24. Dezember dagegen auf 132,32. Besonders stürmisch war die Aufwärtsbewegung der Aktien des Chemietriebs, der J. G. Farbenindustrie und der ihr nahestehenden Gesellschaften. Der Kurs der J. G. Farbenindustrie stieg von 104 Anfang Januar auf 316,50 Ende Dezember. Wesentliche Steigerungen erfuhren noch besonders die Aktien mehrerer Großbanken, der Brauindustrie, der Kunstseidenfabriken, der Brauntrockenwerke. In der Höhe der von diesen Unternehmungen gezahlten Dividenden findet die Aufwärtsbewegung der Kurse kaum ihre Berechtigung, denn beispielsweise bei der J. G. Farbenindustrie ergibt sich nur eine Realverzinsung von 2,9 bei der Darmstädter und Nationalbank von 3,8, bei der Ise-Bergbau von 3,0, bei Schultze & Wachenhofer von 3,4. Aber die Spekulation, soweit sie sich nicht schon durch die bisherige Kurssteigerung bereichert hat, nimmt die künftigen Gewinnaussichten voraus, sie rechnet mit erheblichen Dividendensteigerungen in den kommenden Geschäftsjahren.

Zusammengenommen ergibt sich, daß die Hoffnung auf Segen, die bei den Kapitalbesitzern allgemein ist, für die wertuliche Bevölkerung in geringem Maße vorhanden sein kann. Nur im harten Kampfe werden die arbeitenden Klassen sich den ihnen zuzehenden Anteil an der wachsenden Ertragskraft der Wirtschaft sichern und dafür sorgen können, daß die steigende Produktivität im steigenden Wohlstand der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt.

Zeitungsbonifat als Kampfmittel des Bankkapitals.

Der „Bayrische Kurier“ teilt mit, daß allen bayrischen Zeitungen, die bei der letzten starken Bierpreiserhöhung die Partei der Konsumenten ergriffen haben, von den Bankreuzen die Inserate erlassen wurden. Es handelt sich um eine ganz beträchtliche Anzahl von Zeitungen, unter die selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Blätter fallen.

von der Kigarettenfabrik Haus Neuerburg geht dem „Sozialistischen“ folgende Mitteilung zu: „Die Wegaupnung o. die Kigarettenfirma Haus Neuerburg, die die bekannte Marke „Overholts“ fabriziert, dem Stahlwerk mit einer Geldsumme unter die Arme gegriffen hat, ist un w a h r.“ Damit entfällt der Grund für eine Boykottbewegung gegen die Kigaretten der Firma Haus Neuerburg.

Soziales.

Neue Vergünstigungen in der Wochenfürsorge.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Wohlfahrtsminister in einem Kundentat an die nachgeordneten Behörden (III E 3911) darauf hin, daß durch das Zweite Gesetz über Abänderung des Zweiten Buches der Reichsverfahrensordnung vom 2. Juli 1926, das am 1. Oktober 1926 in Kraft getreten ist, die Leistungen der Familien-Wochenhilfe wesentlich erweitert worden sind. Den Familienangehörigen eines Versicherten sind neben den bisherigen Leistungen nunmehr insbesondere auch Besamendhilfe, Arznei und kleine Heilmittel zu gewähren. Da sich nach § 12 der Reichsarztsätze über Vorauszahlung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 Umfang und Inhalt der Wochenfürsorge nach den Leistungen der Familien-Wochenhilfe richten, gelten die neuen Vergünstigungen ohne weiteres auch für Personen, denen von einem Fürsorgeverband Wochenfürsorge gewährt wird.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

	100	100	100
1 Pfund Sterling	20,41	100	16,58
1 Dollar	4,204	100	12,45
100 holl. Gulden	168,31	100	61,23
100 Belg. = 500 Franken	58,40	100	65,09
100 norm. Kronen	107,19	100	123,38
100 Dantia Gulden	81,49	100	22,86
100 Lire	18,77	100	59,27
100 dan. Kronen	112,22	100	46,53